

**Mittelfristige Prognose der  
österreichischen  
Wirtschaft 2009-2013**

Juli 2009

**SPERRFRIST: Mittwoch, 29. Juli 2009, 11:00 Uhr**

# **Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2013**

**Jahresmodell LIMA/05**  
**Juli 2009**

Die ökonometrischen Modellprognosen  
werden von einer Arbeitsgruppe  
der Abteilung Ökonomie erstellt:

**Bernhard Felderer**  
**Ines Fortin**  
**Daniela Grozea-Helmenstein**  
**Helmut Hofer**  
**Ulrich Schuh**  
**Wolfgang Schwarzbauer**  
**Edith Skriner**  
**Ludwig Strohner**  
**Klaus Weyerstraß**

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

## **Kontakt:**

Bernhard Felderer  
☎: +43/1/59991-125  
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer  
☎: +43/1/599 91-251  
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh  
☎: +43/1/599 91-148  
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis  
Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
email: gewis@ihs.ac.at

---

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung und Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6
<b>2.</b>	<b>Die internationale Konjunktur</b>	<b>7</b>
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	7
	2.2 Länderprognosen .....	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	16
<b>3.</b>	<b>Die österreichische Außenwirtschaft</b>	<b>17</b>
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten .....	19
<b>4.</b>	<b>Perspektiven der Inlandskonjunktur</b>	<b>20</b>
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	20
	Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bauinvestitionen, real .....	21
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich .....	25
<b>5.</b>	<b>Monetäre Prognose</b>	<b>28</b>
	Texttabelle: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken .....	28
	Abbildung: 10 J-Benchmark-Rendite europäischer Staatsanleihen .....	30
	<b>Tabellenanhang</b>	<b>31</b>



# 1. Einleitung und Zusammenfassung

## Weltwirtschaftskrise dämpft mittelfristiges Wachstum in Österreich

Der mit Abstand stärkste Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verringert die Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft deutlich. Die vorliegende Prognose übernimmt die Werte der Juni-Prognose des Instituts für die Jahre 2009 und 2010 und erweitert den Prognosehorizont bis 2013. Ausgelöst vom weltweiten Einbruch der Wirtschaftsleistung, wird das BIP in Österreich in diesem Jahr um 4.3 % schrumpfen und mit einem Wachstum von 0.3 % im nächsten Jahr annähernd stagnieren. Für den restlichen Prognosezeitraum geht das Institut von einer spürbaren Belebung der Wirtschaft aus und erwartet Wachstumsraten von rund 2 ½ %. Damit wird die österreichische Wirtschaft im Zeitraum 2009 bis 2013 um durchschnittlich 0.7 % wachsen. Das Wachstumstempo entspricht etwa dem in der EU-27, fällt aber weiterhin etwas schneller als im Euroraum (0.4 %) aus.

Gegenwärtig ist die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Wirtschaft mit äußerst großen Unsicherheiten behaftet. Arbeiten des IWF zeigen, dass mit Finanzkrisen verbundene Rezessionen in der Vergangenheit länger gedauert haben und durch einen nur verhaltenen Erholungsprozess gekennzeichnet waren. Schätzungen der OECD legen nahe, dass Finanzkrisen das Niveau des Potenzialoutputs um 2 % bis 4 % reduzieren. Das Institut geht davon aus, dass die Wirtschaftskrise den Potenzialoutput aufgrund der rückläufigen Investitionen und der steigenden Arbeitslosigkeit 2009 und 2010 merklich reduziert; in den Folgejahren sollte sich das österreichische Trendwachstum aber wieder auf etwa 1 ¾ % beschleunigen. Die Prognose impliziert, dass 2013 die Outputlücke (Differenz zwischen aktuellem und Potenzialoutput) noch nicht geschlossen ist und -¾ % beträgt.

Es wäre aber auch ein deutlich negativeres Szenario denkbar. So könnte sich die Weltwirtschaft erst im Laufe des Jahres 2011 erholen und das Potenzialwachstum auch mittelfristig nur schwach bleiben. Andererseits folgten auf frühere Rezessionen oft schnelle und kräftige Aufschwünge. Prinzipiell wäre es daher auch vorstellbar, dass die Weltwirtschaft ab 2011 wieder äußerst kräftig wächst. Dieses Konjunkturbild erscheint dem Institut aber gegenwärtig als wenig wahrscheinlich, insbesondere für Europa. Gegen ein solches Szenario sprechen auch die erwarteten Folgen der Finanzkrise. Der Eigenkapitalanteil der Banken muss steigen, und die Risikopräferenz nimmt ab. Höhere Finanzierungskosten belasten Konsumenten und Investoren. Staatliche Stimulierungspakete stützen die Konjunktur zwar weltweit, verursachen aber auch einen deutlichen Anstieg der Staatsschulden. Daraus ergibt sich nach Überwindung der Wirtschaftskrise ein erheblicher Konsolidierungsbedarf, was für ein nur moderates Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage spricht.

Nach dem Einbruch der Weltwirtschaft im vierten Quartal 2008 geht die Wirtschaftsleistung in den Industrieländern 2009 markant zurück und erholt sich im Jahr 2010 nur langsam. Für den restlichen Prognosezeitraum unterstellt das Institut eine spürbare Belebung der weltweiten Wirtschaftsdynamik. Für die USA wird von einem durchschnittlichen Wachstum im Zeitraum 2009 bis 2013 von knapp

1 ¼ % ausgegangen. Die Wirtschaften im Euroraum werden mit knapp ½ % langsamer expandieren. In den mittel- und osteuropäischen Ländern wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1 ½ % erwartet. Im Vergleich dazu sollte die Volkswirtschaft Chinas mit durchschnittlich 8 ¼ % wachsen. Das Institut geht von einer im Großen und Ganzen stabilen Preisentwicklung aus, wobei ein durchschnittlicher Rohölpreis von rund 80 USD angenommen wird. Hinsichtlich des USD/Euro-Wechselkurses wird ein Wert von 1.31 unterstellt.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der private Konsum in Österreich, trotz der Hochkonjunkturphase, nur sehr verhalten entwickelt, was auch auf die schwachen Reiseverkehrsimporte zurückgeht. Darüber hinaus ist die Sparquote deutlich gestiegen. Im Prognosezeitraum wird sich die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums der privaten Haushalte auf 1 % belaufen. Damit wirkt der Konsum stabilisierend auf die Konjunktur. Zu dieser positiven Entwicklung trägt auch die Steuerreform bei. Die vorliegende Prognose impliziert, dass sich der trendmäßige Anstieg der Sparquote nicht mehr fortsetzt. Mit rund 12 % liegt die Sparquote am Ende des Prognosezeitraums nur marginal über dem Wert von 2008.

Infolge der Nachfrageschwäche und der erschwerten Finanzierungsbedingungen bricht die Investitionstätigkeit 2009 stark ein; auch im Jahr 2010 ist noch ein Rückgang zu erwarten. Mit der Verbesserung der Wirtschaftssituation zieht die Investitionsgüternachfrage in den folgenden Jahren wieder an. Im Durchschnitt des Prognosezeitraums werden die Bruttoinvestitionen damit stagnieren. Während von den Lagerveränderungen ein negativer Impuls auf das Wirtschaftswachstum ausgeht, werden die Ausrüstungs- (0.4 %) und Bauinvestitionen (0.2 %) marginal ausgeweitet. Mit 21.3 % bleibt die Investitionsquote (in % des BIP) am Ende des Prognosezeitraums um rund einen Prozentpunkt hinter dem Wert von 2008 zurück.

Die weltweite Wirtschaftskrise schlägt voll auf die Außenwirtschaft durch. Ein so starker Einbruch des Welthandels wie im Jahr 2009 (-11 ½ %) wurde seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht beobachtet. In den folgenden Jahren erholt sich der Welthandel zwar wieder, mit durchschnittlich 2 % bleibt die internationale Handelsdynamik aber sehr verhalten. Das schwache internationale Umfeld drückt auch auf die österreichische Außenwirtschaft. Nachdem die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7 % gewachsen sind, wird für den Prognosezeitraum nur mehr eine Ausweitung um knapp 1 ½ % pro Jahr erwartet, wobei die Warenexporte mit 1 ¼ % etwas langsamer zulegen. Aufgrund der schwachen Konjunktur verlangsamt sich auch die Importdynamik. Die realen Importe im weiteren Sinn laut VGR werden im Prognosezeitraum um knapp 1 ½ % zulegen. Insgesamt gesehen geht vom Außenhandel nur noch ein marginal positiver Wachstumsbeitrag aus.

Nach den von Energie- und Nahrungsmittelpreisen getriebenen starken Preissteigerungen im Vorjahr blieb das Preisniveau im Juni im Jahresabstand unverändert. Rechnet man die Energiepreise heraus, würde die Inflationsrate rund 1 ½ % betragen. Zwar engt die Konjunkturlage den Preissetzungsspielraum der Unternehmen ein, das Institut geht aber davon aus, dass gegen Ende des Jahres die Inflation wieder anzieht. Die Energiepreise werden mittelfristig wieder steigen, aber im Prognosezeitraum

nicht mehr die Rekordhöhe von Mitte 2008 erreichen. Insgesamt gesehen rechnet das Institut mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von knapp 1 ½ %.

Die Konjunkturkrise hinterlässt auch am österreichischen Arbeitsmarkt deutliche Spuren. Ausgehend von 5.8 % im Vorjahr, klettert die Arbeitslosenquote heuer auf 7.7 % und erreicht nächstes Jahr mit 8.8 % einen historischen Höchststand. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit geht auf die konjunkturbedingt rückläufige Beschäftigungsnachfrage zurück. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, insbesondere die Kurzarbeitsregelung, verhindern eine noch stärkere Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Im weiteren Prognosezeitraum zieht die Beschäftigungsnachfrage konjunkturbedingt wieder etwas an und die Arbeitslosigkeit geht spürbar zurück. Aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots liegt die Arbeitslosenquote 2013 mit 8.3 % aber über den Werten vor der Wirtschaftskrise. Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik in dieser Situation sollte es sein, die Transformation von konjunktureller in strukturelle Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird vom Wirtschaftseinbruch dominiert. Als Reaktion auf die Konjunkturkrise hat die österreichische Bundesregierung mehrere Maßnahmenpakete beschlossen (etwa das Bankenpaket und die Konjunkturpakete I und II) und damit zur Stabilisierung der Wirtschaftslage beigetragen. Diese Maßnahmen waren notwendig, führen aber auch zu einem Ansteigen des Defizits und der Staatsschuldenquote. Für die Jahre 2009 und 2010 wird ein gesamtstaatliches Defizit von 4.4 % und 5.4 % erwartet. In den folgenden Jahren wird ein Rückgang der Defizitquote um jeweils ½ Prozentpunkt unterstellt. Damit erfolgt eine etwas raschere Rückführung als im Stabilitätsprogramm vorgesehen. Mit 3.8 % im Jahr 2013 wird aber die 3-Prozent-Marke auch am Ende des Prognosezeitraums noch überschritten.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind die konjunkturstimulierenden Maßnahmen zu begrüßen. Sobald sich die Konjunkturlage jedoch verbessert, sind harte Konsolidierungsanstrengungen unbedingt notwendig. Hierbei ist die Nutzung aller Einsparungspotenziale erforderlich, denn nur so ist es möglich, auf einen nachhaltigen Budgetpfad zurückzukehren. Unumgänglich sind dabei weitreichende Reformen, etwa im Bereich der Verwaltung, der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander, bei den Pensionen sowie im Bildungs- als auch im Gesundheitswesen.



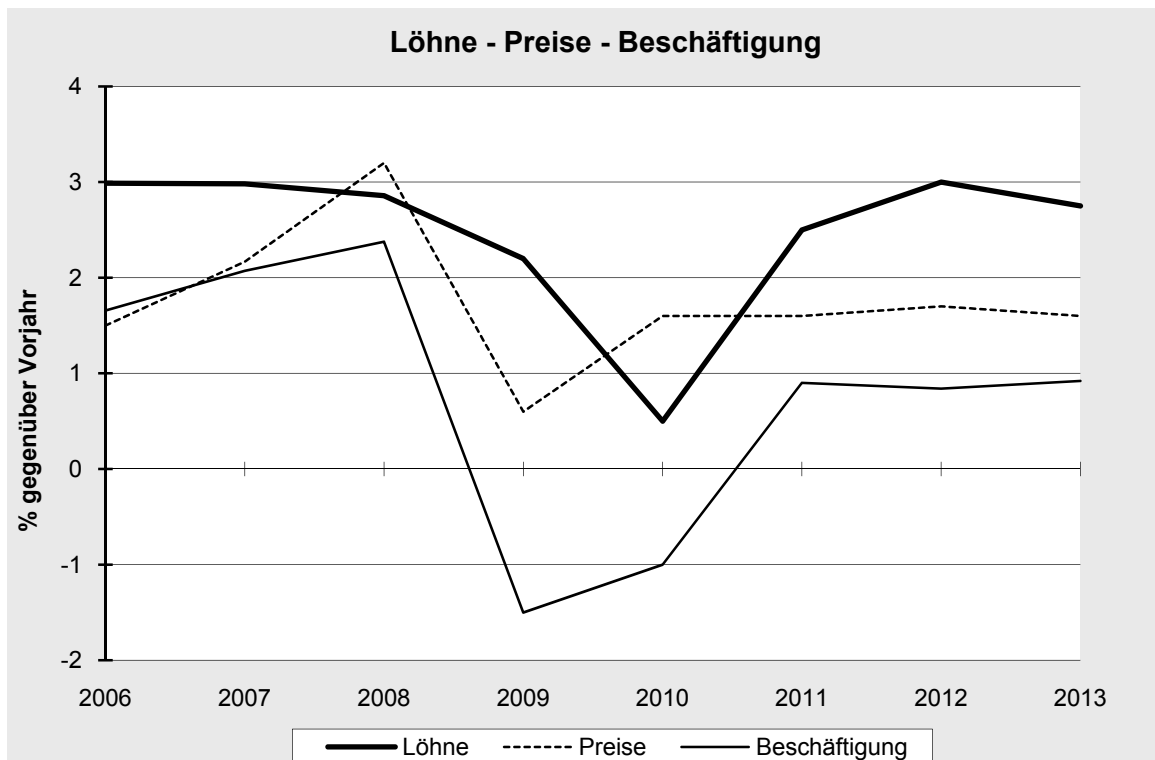
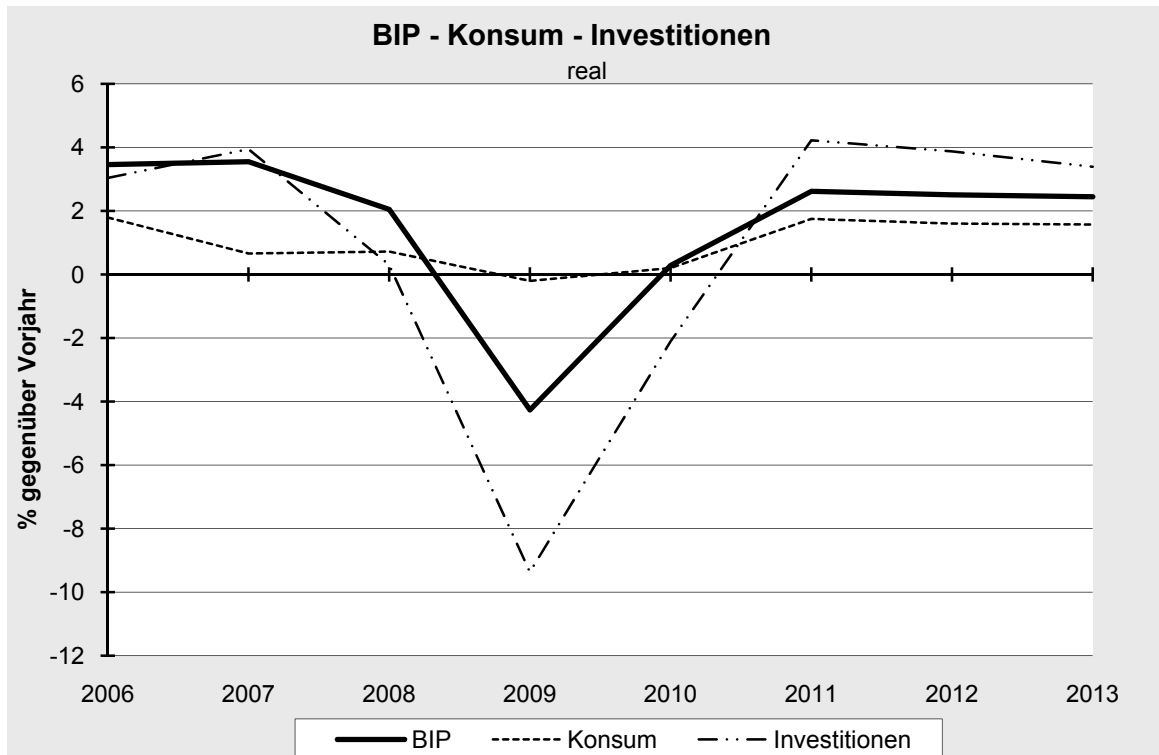
## Wichtige Prognoseergebnisse

### Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

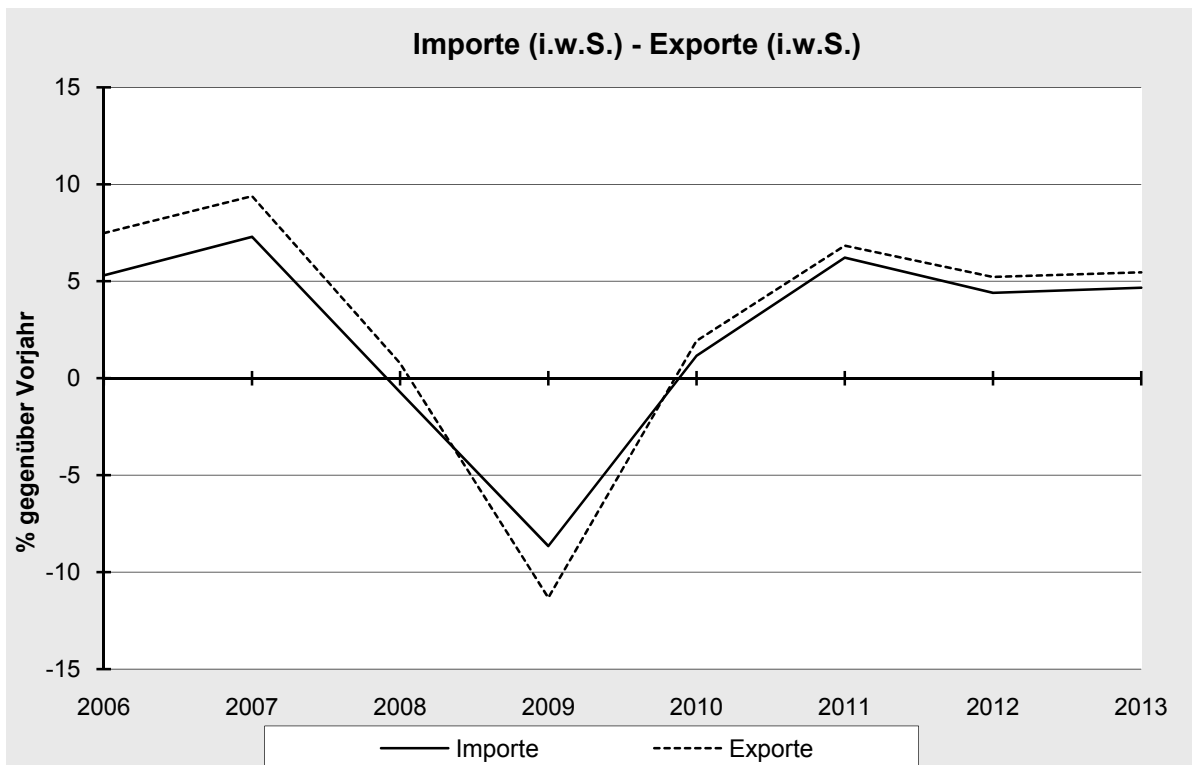
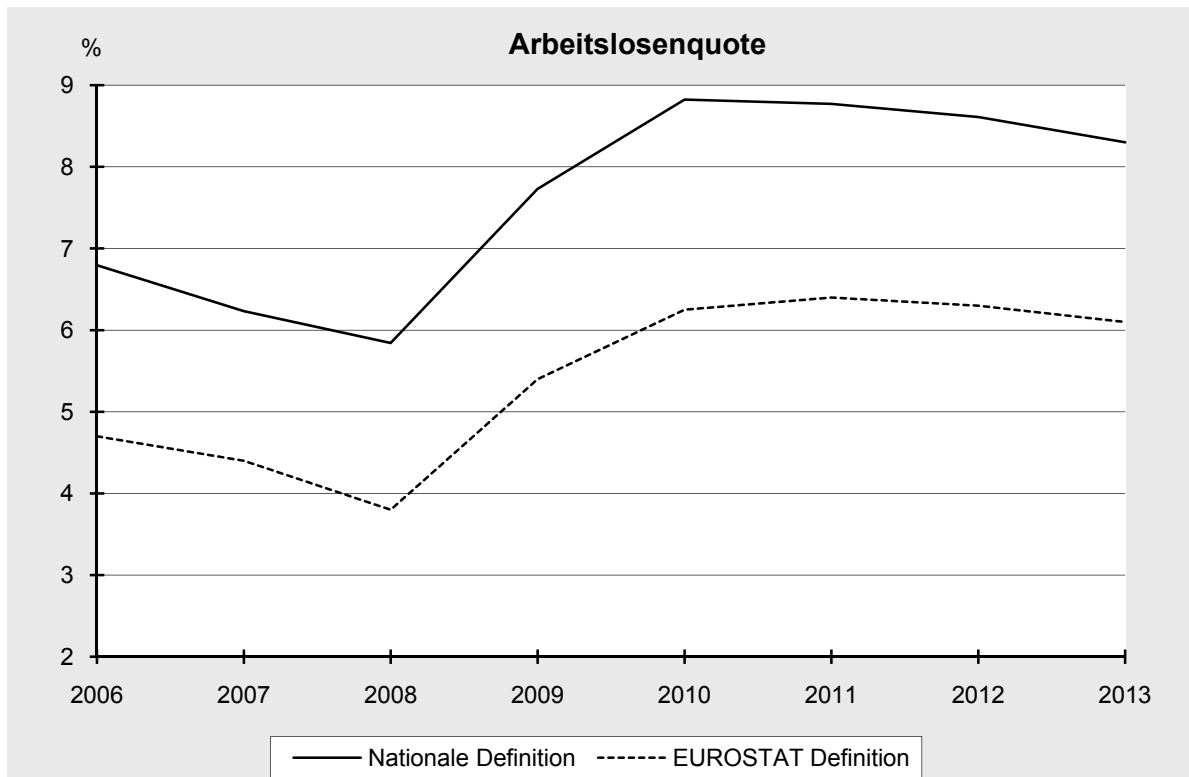
	2004-2008	2009-2013
Bruttoinlandsprodukt, real	2.8	0.7
Privater Konsum, real	1.5	1.0
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.1	-0.1
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.9	0.4
Bauinvestitionen, real	1.7	0.2
Inlandsnachfrage, real	1.9	0.6
Exporte i.w.S., real	7.0	1.4
Waren, real (laut VGR)	7.3	1.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.5	0.1
Importe i.w.S., real	5.6	1.4
Waren, real (laut VGR)	6.0	1.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.6	-0.4
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.6	0.0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	6.6	8.4
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition*)	4.6	6.1
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.5	2.2
Preisindex des BIP	1.9	1.4
Verbraucherpreisindex	2.2	1.4
3-Monats-Euribor *)	3.3	1.7
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	3.9	4.8

\*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2





## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die ausgezeichnete Entwicklung der Weltwirtschaft war in den vergangenen fünf Jahren vor allem von stark anziehenden Rohstoffpreisen, steigenden Zinsen und einem Wertgewinn des Euro gekennzeichnet. Der Aufschwung bei den Investitionen wurde vom robusten Wachstum in den großen Volkswirtschaften, der hohen Rentabilität der Unternehmen und den steigenden Aktienkursen beflügelt. Starke Wachstumsimpulse gingen von der US-Wirtschaft und den asiatischen Volkswirtschaften aus. Die chinesische und die indische Wirtschaft wiesen die stärkste Dynamik auf. Nach der jahrelang andauernden Stagnation setzte auch in Japan der konjunkturelle Aufschwung ein. Auf eine verhaltene Entwicklung folgte in Europa in den Jahren 2006 und 2007 eine Phase der Hochkonjunktur. Im Zeitraum 2004 bis 2008 wuchs daher die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 4.6 %, der reale Welt-handel legte um durchschnittlich 7.8 % zu, und die grenzüberschreitenden Kapitalströme stiegen um 13 %. Die Phase der Hochkonjunktur ging 2008 zu Ende. Die hohe Inflation bremste den Konsum der privaten Haushalte, und die Unternehmen begannen unter sich verschärfenden Finanzierungsbedingungen und hohen Rohstoffpreisen zu leiden. Die Probleme am amerikanischen Immobilienmarkt lösten eine Bankenkrise aus. Die Aktienmärkte verzeichneten Rückschläge, wobei sich die Situation ab September 2008 durch die Insolvenz von *Lehman Brothers* drastisch verschlimmerte. Der Konjunktureenbruch in den großen Industrieländern breitete sich am Jahresende 2008 rasch auf die gesamte Weltwirtschaft aus und führte Anfang 2009 zu einem sehr tiefen Einschnitt in der Entwicklung. Die exportorientierten Ökonomien verzeichneten dabei den größten Rückgang, wobei vor allem der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie starke Verluste erlitten.

Die Durchschnittswerte der Wirtschaftsindikatoren werden im Prognosezeitraum deutlich schlechter ausfallen als in den vergangenen fünf Jahren. 2009 verzeichnet die Weltwirtschaft den stärksten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen in den Industrieländern, die expansive Geldpolitik und die moderate Preisentwicklung scheinen aber bereits Wirkung zu zeigen. Demnach dürfte die globale Wirtschaft ab 2010 wieder wachsen. Die Dynamik wird generell vom auflebenden grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen getragen. Aufgrund der 2009 frei gewordenen Kapazitäten erscheint eine Ausweitung des Investitionsvolumens 2010 noch nicht wahrscheinlich. In den Jahren 2011 bis 2013 dürfte jedoch auch in diesem Bereich eine Belebung einsetzen. Neue Richtlinien für die Vergabe von Krediten an Unternehmen und private Haushalte könnten die Investitionstätigkeit erschweren. Die Regierungen zahlreicher Staaten werden in den kommenden Jahren einen strikten Sparkurs einhalten müssen. Die Ausgaben der Konsumenten werden langsamer wachsen, als es in den Aufschwungphasen früherer Konjunkturzyklen der Fall war. Im Durchschnitt des Zeitraums 2009 bis 2013 dürfte das globale BIP um 3 % zulegen, der globale Handel wird sich voraussichtlich um 2 % ausweiten. Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer wird durchschnittlich 0.8 % betragen, verglichen mit 2.5 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Schwellenländern wird der Zuwachs deutlich über der Wachstumsrate der Industrieländer liegen.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2004 bis 2008 im Durchschnitt 65.7 USD pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 81.2 USD zugrunde gelegt. Angesichts einer effizienteren Nutzung des Rohstoffs dürfte das Nachfragewachstum nach Erdöl in den kommenden Jahren geringer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass sich der Dollar gegenüber dem Euro im Prognosezeitraum stabilisiert. Durch die erwartete Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA sinkt das Risiko einer weiteren Dollar-Abwertung. Das Institut geht daher in der Prognose von einem Durchschnittswert von 1.31 USD aus.

Zwischen 2003 und 2007 wuchs die Wirtschaft Lateinamerikas im Durchschnitt um 4.6 %. Im Jahr 2003 setzte ein Aufschwung ein, der vor allem von der Nachfrage innerhalb dieser Region getragen wurde. Durch die hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist die Wirtschaft Lateinamerikas 2009 vom weltweiten Konjunkturabschwung nicht verschont geblieben. Der Außenhandel dürfte sich 2009 halbieren, aber auch Transferzahlungen aus dem Ausland und Direktinvestitionen geraten ins Stocken. Wegen der hohen öffentlichen Verschuldung der Länder in der Region kommen Stimulierungsmaßnahmen nicht in Frage, darüber hinaus werden Zinssenkungen durch die hartnäckige Inflation erschwert. Ein konjunktureller Aufschwung kann daher nur durch externe Faktoren eingeleitet werden. Sobald in den Industrieländern die Nachfrage nach Rohstoffen steigt, dürfte auch in Lateinamerika der konjunkturelle Aufschwung einsetzen. Im Prognosezeitraum dürfte somit das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Lateinamerika 3 % betragen.

Die Wirtschaft Asiens (mit Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5 %. Der konjunkturelle Aufschwung erlangte im Jahr 2007 seinen Höhepunkt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise erfasste Ende 2008 die asiatischen Volkswirtschaften und verstärkte sich Anfang 2009. Die Tigerstaaten, insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Hongkong, Taiwan und Malaysia, litten unter dem rückläufigen globalen Handel. China und Indien sind zwar auch vom Rückgang der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wird aber von der Inlandsnachfrage breit abgestützt. Bereits 2008 hat die chinesische Regierung die öffentliche Hand als Reaktion auf die Abschwächung ein massives Stimulationspaket geschnürt, und die Notenbank hat den Leitzins drastisch gesenkt. Die Wirtschaft Chinas dürfte daher, nach durchschnittlich 10.8 % in den vergangenen fünf Jahren, im Prognosezeitraum um 8.3 % pro Jahr wachsen. Hohe staatliche Infrastrukturausgaben stützen auch in Indien die Konjunktur. In den Tigerstaaten bildet die Belebung der Exportnachfrage die Voraussetzung für einen Wirtschaftsaufschwung. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum der Wirtschaft Asiens durchschnittlich 2.8 % ausmachen.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU-27 um durchschnittlich 2.3 %, im Euroraum betrug das Wachstum 2 %. Auf eine verhaltene Entwicklung folgte in den Jahren 2006 und 2007 eine Phase der Hochkonjunktur. Die kräftige Konjunkturbelebung gründet sich vor allem auf die wirtschaftliche Erholung in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien. 2008 begann auch die Wirtschaft des Euroraums unter den hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen, der Finanzkrise und der nachlassenden weltweiten Konjunkturdynamik zu leiden.

Im laufenden Jahr belastet vor allem der massive Exporteinbruch die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, wie Maschinen und Fahrzeuge, geht 2009 massiv zurück. Eine starke Zurückhaltung herrscht daher auch bei den Unternehmensinvestitionen. Durch die Stabilisierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand steigen die Budgetdefizite im Euroraum kräftig. Fallende Inflationsraten und die schlechten Wirtschaftsaussichten für das laufende Jahr bewogen die Europäische Zentralbank im Mai 2009, den Leitzins auf 1 % zu senken. Nach einem starken Konjunkturunbruch im Jahr 2009 dürfte sich in den folgenden Jahren der Aufschwung langsam festigen. In den meisten Ländern des Euroraums wird jedoch die Investitionstätigkeit verhaltener als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. Steuererhöhungen und eine Kürzung der staatlichen Ausgaben könnten notwendig werden, um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte der einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen. Die Arbeitslosenquote, die in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 8,2 % betrug, wird im Prognosezeitraum höher ausfallen, zurückzuführen auf den starken Anstieg in den Jahren 2009 und 2010. Nach einem Durchschnitt von 2,4 % in den vergangenen fünf Jahren, dürfte die Inflation im Prognosezeitraum deutlich schwächer ausfallen. Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum wird im Prognosezeitraum 0,4 % betragen.

## 2.2 Länderprognosen

In den Jahren 2004 bis 2008 wuchs die **deutsche** Wirtschaft im Durchschnitt um 1,7 %. Einen ersten Lichtblick in der deutschen Konjunktur gab es 2004 in der Auslandsnachfrage. Ein hohes Produktivitätswachstum und sinkende Lohnstückkosten haben maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Die Verlagerung von Teilen der Produktion, etwa in osteuropäische Niedriglohnländer, hat den deutschen Unternehmen Kostenvorteile verschafft. Der Unternehmenssektor hat mit diesem Restrukturierungskurs deutlich an Leistungsfähigkeit gewonnen. Die deutsche Wirtschaft erzielte eine führende Rolle im Bereich der Herstellung technologisch hoch entwickelter Produkte. Die Exportquote konnte dadurch von 40 % im Jahr 2004 auf 50 % im Jahr 2008 angehoben werden. Angeführt von der Exportwirtschaft, griff die positive Entwicklung auch auf die Inlandsnachfrage über. In den vergangenen drei Jahren verzeichnete die deutsche Wirtschaft somit eine Hochkonjunktur. Die Arbeitslosigkeit konnte erfolgreich abgebaut werden und die Inflation lag unter dem EU-Durchschnitt. In den Jahren 2004 bis 2008 betragen die Arbeitslosenquote durchschnittlich 10 % und die Inflation 1,9 %.

Durch den hohen Offenheitsgrad wird die deutsche Wirtschaft vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen. 2009 sinkt die weltweite Nachfrage gerade nach jenen Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. Deshalb leidet der in den vergangenen Jahren erfolgsverwöhnte und überwiegend vom Export abhängige Maschinenbau am meisten. Erstmals seit 1993 fallen im Jahr 2009 die Exporte und erleiden den stärksten Einbruch seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949. Die Arbeitsproduktivität sinkt drastisch, weil die Unternehmen trotz des Produktionsausfalls die Beschäftigung nur wenig reduzieren. Die beschlossenen Konjunkturpakete haben den Abschwung in einigen Branchen gemildert. 2010 hält das Institut eine Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung für wahrscheinlich, wobei die Außenwirtschaft der Wachstumsmotor bleibt. Ab 2011 dürfte die deutsche Wirtschaft wieder einen soliden Wachstumspfad einschlagen. Demnach wird

die Wirtschaft im Prognosezeitraum voraussichtlich um 0.2 % pro Jahr zulegen. Ab 2011 dürften sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt stabilisieren. Es ist dann auch mit einem Aufleben der Inflation zu rechnen.

Die **italienische** Wirtschaft verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum. In den Jahren 2004 bis 2008 betrug der durchschnittliche Zuwachs nur 0.9 %. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft kann seit der Einführung der Gemeinschaftswährung nicht mehr durch Abwertungen abgefedert werden. Steigende Lohnstückkosten und die Spezialisierung der Industrie auf nur langsam wachsende Segmente der Weltwirtschaft sind zwei Gründe für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten aus Asien. Während es der deutschen Wirtschaft gelang, die Produktivität zu verbessern, gab es in der italienischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren keine Fortschritte. Die Exportwirtschaft erlitt daher hohe Marktanteilsverluste. Lediglich die Inlandsnachfrage erwies sich als Stütze der Konjunktur, zurückzuführen auf Ausgaben der öffentlichen Hand und auf die Investitionstätigkeit. Ein Erfolg konnte in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Die Arbeitslosenquote fiel von 8 % im Jahr 2004 auf einen Tiefstand von 6.1 % im Jahr 2007. Die Inflationsrate betrug in den Jahren 2004 bis 2008 durchschnittlich 2.3 %.

Die derzeitige Wirtschaftskrise verschärft die Wettbewerbsprobleme der italienischen Wirtschaft. Die exportorientierten Branchen erleiden 2009 große Verluste. Die Autoindustrie ist am stärksten vom Konjunktur einbruch betroffen. Wie in Deutschland, so gibt es auch in Italien Hilfsprogramme der Regierung für diesen Industriezweig. Ab 2011 wird die Konjunktur wieder Fahrt aufnehmen. Der Wachstumsmotor bleibt weiterhin die Inlandsnachfrage. Angesichts der erwarteten Stabilisierung der Weltwirtschaft werden auch die Exporte wieder zulegen. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit erscheint erst ab 2011 möglich. Die italienische Wirtschaft wird im Prognosezeitraum stagnieren.

Die Wirtschaft **Frankreichs** entwickelte sich in den vergangenen Jahren deutlich robuster als die italienische. Im Zeitraum 2004 bis 2008 betrug das Wachstum im Durchschnitt 1.9 %. Die Nachfrage der privaten Haushalte bildete die treibende Kraft in der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Die Konsumausgaben stiegen in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt um 2.2 %. Die Exportwirtschaft litt hingegen unter Strukturproblemen. Den moderat wachsenden Exporten standen hohe Importe gegenüber. In den vergangenen fünf Jahren wies somit der Außenhandel ein Defizit mit steigender Tendenz auf. Erfolge wurden im Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt. Die Arbeitslosenquote fiel von 8.9 % im Jahr 2004 auf 7.4 % im Jahr 2008. Die Inflation betrug in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt 2.2 %.

Zu Beginn des Prognosezeitraums dürfte die französische Wirtschaft deutlich schrumpfen. Der erwartete Rückgang fällt jedoch schwächer als in den großen Nachbarländern aus. Wegen der geringeren Exportintensität kommt der Einbruch der globalen Konjunkturentwicklung weniger zum Tragen als beispielsweise in Deutschland. Zur Bekämpfung der Krise hat die Regierung den Banken Mittel zur Verfügung gestellt, um die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte zu erleichtern. Ein weiteres Konjunkturpaket wurde zur Stimulierung der Baubranche (Infrastrukturbereich), der Fahrzeugindustrie und



des Arbeitsmarktes beschlossen. Die derzeitige Preisentwicklung stärkt die Kaufkraft der privaten Haushalte, ihr wirken jedoch die vom Arbeitsmarkt ausgehenden negativen Effekte entgegen. Ab 2011 dürfte der konjunkturelle Aufschwung greifen. Die Inflation dürfte dabei moderat bleiben. Die Stabilisierung am Arbeitsmarkt wird voraussichtlich verzögert einsetzen. Im Prognosezeitraum dürfte das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 0.7 % betragen.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.3 % ausgezeichnet. Die Inflation belief sich auf 2.3 %. Während die güterverarbeitende Industrie in den vergangenen fünf Jahren stagnierte, hat der Dienstleistungssektor (unternehmensbezogene Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen) im Jahresdurchschnitt real um 4.7 % zugenommen. Die Probleme in der güterverarbeitenden Industrie können zum Teil durch das Wechselkursverhältnis des britischen Pfund zum Dollar und zum japanischen Yen erklärt werden, das ausländischen Produkten gegenüber den inländischen Erzeugnissen einen Preisvorteil verschafft hat. Die Kostenentwicklung hat den Wettbewerbsnachteil der inländischen Industrie gegenüber den ausländischen Anbietern noch weiter verschärft. Bis 2007 entwickelte sich die Inlandsnachfrage sehr robust. Die ausgezeichnete Konjunktur hat zu steigenden Einkommen geführt. Der private Konsum war dynamisch, und auch die Bauinvestitionen wiesen ein hohes Wachstum auf. Eine deutliche Abkühlung der Nachfrage setzte 2008 ein. Wie in den USA, so sah sich auch die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit einem überhitzten Immobilienmarkt, hoch verschuldeten privaten Haushalten und einem angeschlagenen Finanzsektor konfrontiert. Die Kapitalzuflüsse von Unternehmen, die in die britische Wirtschaft investieren, brachen drastisch ein.

Das Vereinigte Königreich wird 2009 einen BIP-Rückgang verzeichnen. Neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor schlägt sich – wie in den anderen Ländern der EU – der konjunkturelle Abschwung auch in der Außenwirtschaft nieder. Die starke Abwertung des Pfund gegenüber dem US-Dollar und dem Euro hat zwar die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, aufgrund der globalen Rezession kommt dieser Vorteil jedoch nicht zum Tragen. Die Ausgaben der öffentlichen Hand nehmen stark zu. Ab 2010 könnte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wieder wachsen. Der Immobilienmarkt dürfte sich auf einem niedrigen Niveau stabilisieren, und es ist mit einer Exportbelebung zu rechnen. Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft um durchschnittlich 0.7 % wachsen. Die Inflation dürfte bei 1 % liegen. Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich nur langsam. Mit einem raschen Anstieg der Zinsen ist daher nicht zu rechnen.

In den Jahren 2004 bis 2008 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 2.8 %. Trotz der guten Wirtschaftslage blieb die Inflation mit 1.2 % moderat. In den Jahren 2004 bis 2008 wurde die Konjunktur von der Auslandsnachfrage getragen, aber auch die Inlandsnachfrage war breit abgestützt. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten ein kräftiges Wachstum, und Fusionen und Übernahmen fanden deutlich häufiger als in den vorangegangenen Jahren statt. Die günstige Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung stützte den Konsum. Seit 2006 begannen sich jedoch in der Bauwirtschaft Probleme abzuzeichnen, und im Jahr 2008 hat sich die Konjunktur der gesamten Wirtschaft merklich abgekühlt. Die Finanzkrise und Rezessionsängste in den USA waren die Auslöser dafür. Die Wirtschaft der Schweiz steckt daher seit Sommer 2008 in einer Rezession.

Im laufenden Jahr wird sich der konjunkturelle Abschwung beschleunigen. Den größten Einbruch verzeichnen die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. Trotz der schlechten Aussichten lehnt der Wirtschaftsverband *Economiesuisse* weitere fiskalpolitische Maßnahmen gegen die Rezession ab. Der Beschäftigungsabbau dürfte sich in Grenzen halten, weil viele Firmen die Möglichkeiten der Kurzarbeit ausschöpfen. Vom privaten Konsum sind nur geringe Impulse zu erwarten. Ab 2010 wird sich das Wirtschaftswachstum wieder beleben. Im Prognosezeitraum dürfte die Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 0.8 % wachsen. Ein Preisdruck dürfte dabei nicht entstehen.

Die Wirtschaft der **USA** erzielte im Zeitraum 2004 bis 2008 mit 2.5 % das höchste Durchschnittswachstum der G7-Länder. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 5.2 %, die Inflation betrug 3.2 %. 2004 erreichte die konjunkturelle Entwicklung in den USA den Höhepunkt. Die Aufschwungphase war gekennzeichnet von hohen Zuwachsraten der Produktivität pro Arbeitsstunde, sinkenden Lohnstückkosten und steigenden verfügbaren Einkommen. Die Immobilienbranche verzeichnete einen Höhenflug, zurückzuführen auf niedrige Finanzierungskosten. Der Boom beim Eigenheimbau wurde von der Illusion weiter stark steigender Immobilienpreise ausgelöst. Höhere Finanzierungskosten und eine fallende Nachfrage führten dann jedoch zu gravierenden Problemen. Die negative Entwicklung im Immobiliensektor schlug sich 2006 mit rückläufigen Ergebnissen nieder und weitete sich auf andere Wirtschaftsbereiche, insbesondere auf die Finanzdienstleistungen, aus. Das Platzen der Immobilienblase löste eine Bankenkrise aus. 2008 ist dann die gesamte Wirtschaft der USA in eine Rezession geraten. Die Korrektur am Immobilienmarkt, die geringere Verfügbarkeit von Krediten, die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die hohen Ölpreise haben die Wirtschaftslage weiter verschlechtert.

Die Talfahrt der US-Konjunktur verstärkte sich am Anfang des Prognosezeitraums. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die 71 % der Wirtschaftsleistung entspricht, dürfte 2009 zum ersten Mal seit 1974 fallen. Den stärksten Einbruch verzeichnen jedoch die Ausrüstungsinvestitionen. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise hat die amerikanische Notenbank den Leitzins auf den historischen Tiefstand von 0 % – 0.25 % gesenkt. Umfangreiche Konjunkturpakete, die expansive Geldpolitik und die niedrige Inflation werden die Konjunktur wieder in Gang bringen. Im Prognosezeitraum wird das BIP der USA um durchschnittlich 1.2 % zulegen. Die Erholung des privaten Konsums wird aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und Verschuldung der Haushalte moderat bleiben. Der Immobilienmarkt könnte sich hingegen stabilisieren. Die Exporte werden wieder etwas in Gang kommen und somit zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die öffentlichen Stimulierungsmaßnahmen treiben das Budgetdefizit in die Höhe, was Einsparungen im öffentlichen Sektor in den kommenden Jahren erforderlich macht. Die Inflationsrate wird durchschnittlich 1.8 % betragen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich über dem Durchschnittswert der vergangenen fünf Jahre liegen.

Die **japanische** Wirtschaft wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.7 %. Die belebte Exportentwicklung stützte den Konjunkturaufschwung. Einerseits profitierte die Außenwirtschaft von der Nachfragebelebung in den USA, andererseits war auch die Wechselkurspolitik der *Bank of Japan* auf eine Verbesserung der Exportchancen ausgerichtet. Darüber hinaus hat die moderate Teuerungsrate bei den Exportpreisen zum Erfolg im Außenhandel beigetragen. Die japanische Wirtschaft profitierte auch von Einkommensrückflüssen aus Auslandsinvestitionen. Die Arbeitsproduktivität hat in

den Jahren 2004 bis 2008 um durchschnittlich 1.4 % zugenommen. Aufgrund der kräftigen Arbeitsnachfrage belebte sich der Konsum. Nach einer jahrelangen Deflation steigen seit 2006 die Verbraucherpreise wieder. 2008 ging die Hochkonjunktur in der japanischen Wirtschaft zu Ende. Durch die starke Nachfrage aus China, Indien und dem Mittleren Osten konnte die Abkühlung in den USA jedoch noch teilweise abgefedert werden.

In Japan verschärft sich 2009 der konjunkturelle Abschwung. Der weltweite Konjunkturunbruch und die Aufwertung des Yen lassen die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch sinken. Damit sehen sich die Unternehmen veranlasst, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen. Die japanische Zentralbank hat ihren Leitzins 2009 unverändert bei 0.1 % belassen. Die Zinspolitik, Konjunkturpakete und die Nachfrage aus China stützen den Wirtschaftsaufschwung. 2010 könnte daher die japanische Wirtschaft ein positives BIP-Wachstum erzielen. Mit der verstärkten Nachfrage der Handelspartner dürfte die Außenwirtschaft wieder an Dynamik dazugewinnen. Die Impulse werden auf die Inlandsnachfrage übergreifen. Preisdruck wird dabei noch nicht entstehen. Wegen des starken Wirtschaftseinbruchs im Jahr 2009 erwartet das Institut im Prognosezeitraum einen durchschnittlichen BIP-Rückgang um 0.1 %. Die Außenwirtschaft bleibt weiterhin die Stütze der Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich nur langsam zurückbilden.

Das positive Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer**, des **Beitrittskandidaten Kroatien** sowie **Russlands** dürfte sich mittelfristig spürbar verlangsamen.

Die Wirtschaftskrise hat Mittel- und Osteuropa Anfang 2009 voll erfasst. Um die Auswirkungen der Krise auf die heimischen Wirtschaften abzufedern, bekommen Länder wie Ungarn, Polen, Rumänien und Kroatien finanzielle Unterstützung durch den IWF und einige von ihnen auch von der EU und der Weltbank. Zusätzlich haben einige Länder, etwa die Tschechische Republik, Bulgarien, Rumänien, Polen und Slowenien, zur Stärkung der heimischen Wirtschaft Konjunkturpakete geschnürt, die in den nächsten zwei Jahren implementiert werden.

Da für die Finanzierung der Konjunkturpakete und die Kofinanzierung von EU-Programmen zusätzliche Ausgaben veranschlagt werden müssen, dürften die Budgetdefizite in der Prognoseperiode auf einem hohen Niveau bleiben. Ab 2012 wird mit entschlossenen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte der MOEL gerechnet. Die Reduzierung der hohen Budgetdefizite bleibt mittelfristig eine große Herausforderung für die Erfüllung der fiskalischen Maastricht-Konvergenzkriterien sowie für den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II (WKM II) und später zum Euroraum. Während die Slowakei dem Euroraum bereits 2009 beigetreten ist, ist eine Mitgliedschaft der anderen neuen Mitglieder in der Europäischen Währungsunion erst nach 2013 zu erwarten. Restriktivere Finanzierungsbedingungen aufgrund einer internationalen Risikoneubewertung und die Rezession im Euroraum dämpfen zu Beginn der Prognoseperiode das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Eine allmähliche Erholung der Nachfrage im Euroraum sowie Großinvestitionsprojekte wie beispielsweise die „Nabucco“-Pipeline dürften hingegen das BIP-Wachstum stützen.

Weitere Herausforderungen bleiben die durch die Wirtschaftskrise angestiegene Arbeitslosigkeit und die Inflation. Nach einer langsameren Entwicklung am Anfang des Prognosezeitraums dürfte die Inflation, infolge der wieder anziehenden Energie- und Lebensmittelpreise, allerdings wieder zunehmen.

Unter den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften werden die Länder mit den größten externen Finanzierungslücken wie Bulgarien und Ungarn mittelfristig dem stärksten Reformdruck ausgesetzt sein. Länder mit geringeren externen Finanzierungslücken verfügen hingegen mittelfristig über günstigere Erholungsaussichten.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **ungarische** BIP um 2.9 % gewachsen. Nach einer dynamischen Entwicklung in den Jahren 2004 bis 2006 wuchs die ungarische Wirtschaft 2007 und 2008 infolge der schwachen Inlandsnachfrage nur schleppend. Nach einem Rückgang des BIP heuer und im nächsten Jahr dürfte sich die ungarische Wirtschaft in den folgenden Jahren, gestützt durch die Auslandsnachfrage und die Implementierung von Infrastrukturprojekten, langsam erholen. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 könnte das ungarische BIP-Wachstum damit  $\frac{1}{4}$  % betragen.

Nach einer dynamischen Entwicklung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (5.3 %) dürfte sich das BIP-Wachstum in **Polen** abschwächen und im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 auf  $2\frac{1}{4}$  % belaufen. Die durch die EU-Fördermittel und das Konjunkturpaket der Regierung finanzierten Investitionen sowie der private Konsum, angekurbelt durch die Senkung der Einkommensteuer und die Erhöhung der Pensionen, werden das BIP-Wachstum stützen. Die restriktive Geldpolitik zur Bekämpfung der Inflation und die notwendigen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen werden das Wachstum in der Prognoseperiode aber dämpfen.

In **Tschechien** sollte sich das Wachstum nach einem Durchschnitt von 5.3 % in den Jahren 2004 bis 2008 mittelfristig abschwächen und im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013  $1\frac{1}{4}$  % betragen. Nach einer besonders dynamischen Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2005 bis 2007, getragen von den Nettoexporten und den Anlageinvestitionen, hat sich das Wachstum 2008 deutlich verlangsamt. Wegen der rückläufigen Auslandsnachfrage wird für 2009 ein BIP-Rückgang erwartet. Mittelfristig dürfte das Konjunkturpaket der Regierung im Verein mit einer allmählichen Belebung der Auslandsnachfrage die Wirtschaft stützen. Andererseits werden die nächsten Jahre von einer restriktiveren Budget- und Geldpolitik geprägt sein. Diese Vorgehensweise ist aber unabdingbar, wenn die Bedingungen für die Teilnahme am WKM II und die Euro-Einführung erfüllt werden sollen.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2004 bis 2008 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 7.4 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP Wachstumsrate von  $1\frac{1}{2}$  % deutlich langsamer entwickeln. Um die Konjunktur anzukurbeln, implementiert die slowakische Regierung im Jahr 2009 eine expansive Fiskalpolitik, die hauptsächlich durch die EU-Strukturfonds finanziert wird. Die Investitionen und der private Konsum werden das Wachstum in der Prognoseperiode stützen, auch die Exporte dürften sich langsam erholen. Die Rückführung des Budgetdefizits und der hohen Arbeitslosigkeit bleiben mittelfristig aber nach wie vor große und wichtige Herausforderungen.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2009 bis 2013 ein durchschnittliches Wachstum von 1 % erwartet, womit der Wachstumstrend gegenüber den letzten fünf Jahren (5 %) deutlich an Dynamik verliert. Nach einem starken Rückgang am Anfang der Prognoseperiode dürfte sich das BIP-Wachstum in den folgenden Jahren, getrieben durch die Inlandsnachfrage, langsam erholen. Um die Konjunktur anzukurbeln, setzt die slowenische Regierung ein Konjunkturpaket im Umfang von 1 Mrd. EUR um. Wichtige Eckpunkte dieses Pakets sind Steuersenkungen und die Absicherung von Darlehen sowie Reformen des Gesundheits- und Pensionssystems.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **rumänische** BIP um 6.8 % gewachsen. Im Prognosezeitraum dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 1 ¼ % belaufen. Die Anlageinvestitionen und der private Konsum bleiben mittelfristig die bestimmenden Kräfte des BIP-Wachstums, wenngleich mit einer verlangsamten Dynamik. Als Folge der stark rückläufigen Importe dürfte sich das hohe Leistungsbilanzdefizit am Anfang des Prognosezeitraums deutlich verringern. Herausforderungen bleiben die weitere Implementierung von Strukturreformen sowie die Reduktion der Inflation und des Budgetdefizits. Infolge der restriktiven Geldpolitik der rumänischen Nationalbank ist mit einer Verringerung der makroökonomischen Ungleichgewichte im Prognosezeitraum zu rechnen. Geringere Kapitalzuflüsse und höhere Kreditkosten infolge der Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen könnten das Wachstum allerdings hemmen.

Nach einem BIP-Wachstum von 6.3 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, könnte die **bulgarische** Wirtschaft im Zeitraum 2009 bis 2013 ein durchschnittliches Wachstum von 1 ½ % verzeichnen. Diese Entwicklung wird von den Anlageinvestitionen und dem privaten Konsum gestützt. Aufgrund der stark rückgängigen Importe dürfte das hohe Leistungsbilanzdefizit deutlich abgebaut werden. Mittelfristig bleibt die Senkung der Arbeitslosigkeit sowie des strukturellen Leistungsbilanzdefizits die wichtigste Herausforderung.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **kroatische** BIP um 4.2 % gewachsen. Aufgrund der trägen Auslandsnachfrage, einer restriktiveren Geldpolitik und des erwarteten langsameren Kreditwachstums dürfte die Wirtschaft, gestützt von Investitionen und dem privaten Konsum, im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 nur um 1 % wachsen. Die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung des Leistungsbilanzdefizits und der Auslandsverschuldung hemmen das Wachstum. Die verstärkten Reformbestrebungen des EU-Beitrittskandidaten Kroatien, die auf den Beitrittsperspektiven beruhen, werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren hingegen fördern.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 7 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten und der Inlandsnachfrage, dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2009 und 2013 1 ½ % betragen. Strukturelle Probleme (unter anderem in der öffentlichen Verwaltung und im Gassektor) könnten das Wachstum negativ beeinflussen. Eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik bleibt die Reduzierung der Inflation. Andererseits dürften sich die Fortsetzung der Strukturreformen und die Steigerung der Energiepreise positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

## Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2004-2008	2009-2013
Welthandel	7.8	2.0
BIP, real		
Deutschland	1.7	0.2
Italien	0.9	0.0
Frankreich	1.9	0.7
Vereinigtes Königreich	2.3	0.7
Schweiz	2.8	0.8
USA	2.5	1.2
Japan	1.7	-0.1
China	10.8	8.3
Polen	5.3	2.2
Slowakei	7.4	1.5
Tschechien	5.3	1.3
Ungarn	2.9	0.3
Slowenien	5.0	1.0
Bulgarien	6.3	1.5
Rumänien	6.8	1.3
Kroatien	4.2	1.0
Russland	7.0	1.6
Euroraum	2.0	0.4
NMS-12	5.4	1.5
EU-27	2.3	0.6
OECD	2.5	0.8
Österreichische Exportmärkte	7.8	1.5
USD/EUR Wechselkurs*)	1.32	1.31
Erdölpreise*)**)	65.7	81.2

Quelle: EUROSTAT, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

\*) absolute Werte

\*\*\*) USD/barrel

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die österreichische Exportwirtschaft konnte sich in den vergangenen Jahren gut behaupten. Der österreichische Anteil an den weltweiten Güterexporten hat in den Jahren 2004 bis 2008 durchschnittlich 1.2 % betragen. Der Anteil der österreichischen an den weltweiten Dienstleistungsexporten belief sich auf 1.7 %. Nach Luxemburg, Ungarn, Tschechien, Belgien, den Niederlanden und Irland weist Österreich den höchsten Offenheitsgrad (Exporte und Importe in Prozent des BIP) innerhalb der Industrieländer auf. Die Exportquote (Exporte i.w.S. laut VGR in Prozent des BIP) stieg in den vergangenen fünf Jahren von 51.9 % auf 59.4 %, die Quote der Warenexporte weitete sich von 38 % auf 43.3 % aus. In den vergangenen fünf Jahren sind die Exporte durchschnittlich um 0.8 Prozentpunkte langsamer als die Exportmärkte Österreichs gewachsen, damit hat die österreichische Exportwirtschaft geringfügig Marktanteile verloren. Diese Entwicklung zeigt, dass zwar die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs an Bedeutung gewinnen, gleichzeitig jedoch auch die Konkurrenz in den Zielländern für österreichische Exporte zunimmt.

Angesichts der sehr engen globalen Verflechtungen bleibt die österreichische Exportwirtschaft von der weltweit rückläufigen Nachfrageentwicklung nicht verschont. Die osteuropäischen Nachbarländer, die bis 2008 die Stütze für die österreichische Exportwirtschaft bildeten, und Asien befinden sich nun selbst im konjunkturellen Abwärtssog. Auch die Spezialisierung der österreichischen Exportwirtschaft auf die konjunkturelabilen Sektoren „Bearbeitete Waren“ sowie „Maschinen und Fahrzeuge“ erweist sich derzeit als Nachteil. Durch die schwache Nachfrage lässt die Teuerung 2009 bei den Exporten und Importen deutlich nach. Ab 2010 dürfte die Nachfrage aus dem Ausland wieder an Dynamik gewinnen, was gleichzeitig ein Anziehen der Außenhandelspreise mit sich bringen wird. Die Handelsbilanz dürfte im Prognosezeitraum 2009 bis 2013 ein leichtes Defizit aufweisen.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 2004 bis 2008 im Durchschnitt um 9.4 %. Besonders gut entwickelten sich die Exporte in die Länder außerhalb des Euroraums. Im Zeitraum 2004 bis 2008 ist der Anteil der österreichischen Warenexporte in den Euroraum an den gesamten österreichischen Warenexporten von 55.4 % auf 52.6 % gesunken. Insgesamt gesehen hat die Nachfrage aus dem Ausland bereits 2008 nachgelassen. 2009 verschärft sich die Lage der österreichischen Exportwirtschaft weiter. Die Exporte in den Euroraum könnten um 12 % fallen, den stärksten Einbruch verzeichnen voraussichtlich die Warenexporte nach Deutschland und Italien. Der Rückgang bei den Exporten in die Länder außerhalb der Währungsunion um 18 % ist auf die Nachfrageschwäche der wichtigsten österreichischen Handelspartner in Mittel- und Osteuropa zurückzuführen. Betrachtet man die Warenexporte nach Produktgruppen, so erleiden die Exporte der Gruppen „Bearbeitete Waren“ und „Maschinen und Fahrzeuge“ die größten Rückschläge. Weniger von der konjunkturellen Abschwächung dürfte der Export von Lebensmitteln betroffen sein. Mit der Stabilisierung der Weltkonjunktur wird sich auch die Lage der österreichischen Exportwirtschaft wieder verbessern. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 1.9 % zulegen. In regionaler Betrachtung wird voraussichtlich der Handel mit Ländern außerhalb des Euroraums weiter an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen die neuen EU-Mitgliedstaaten, der Mittlere Osten und China.

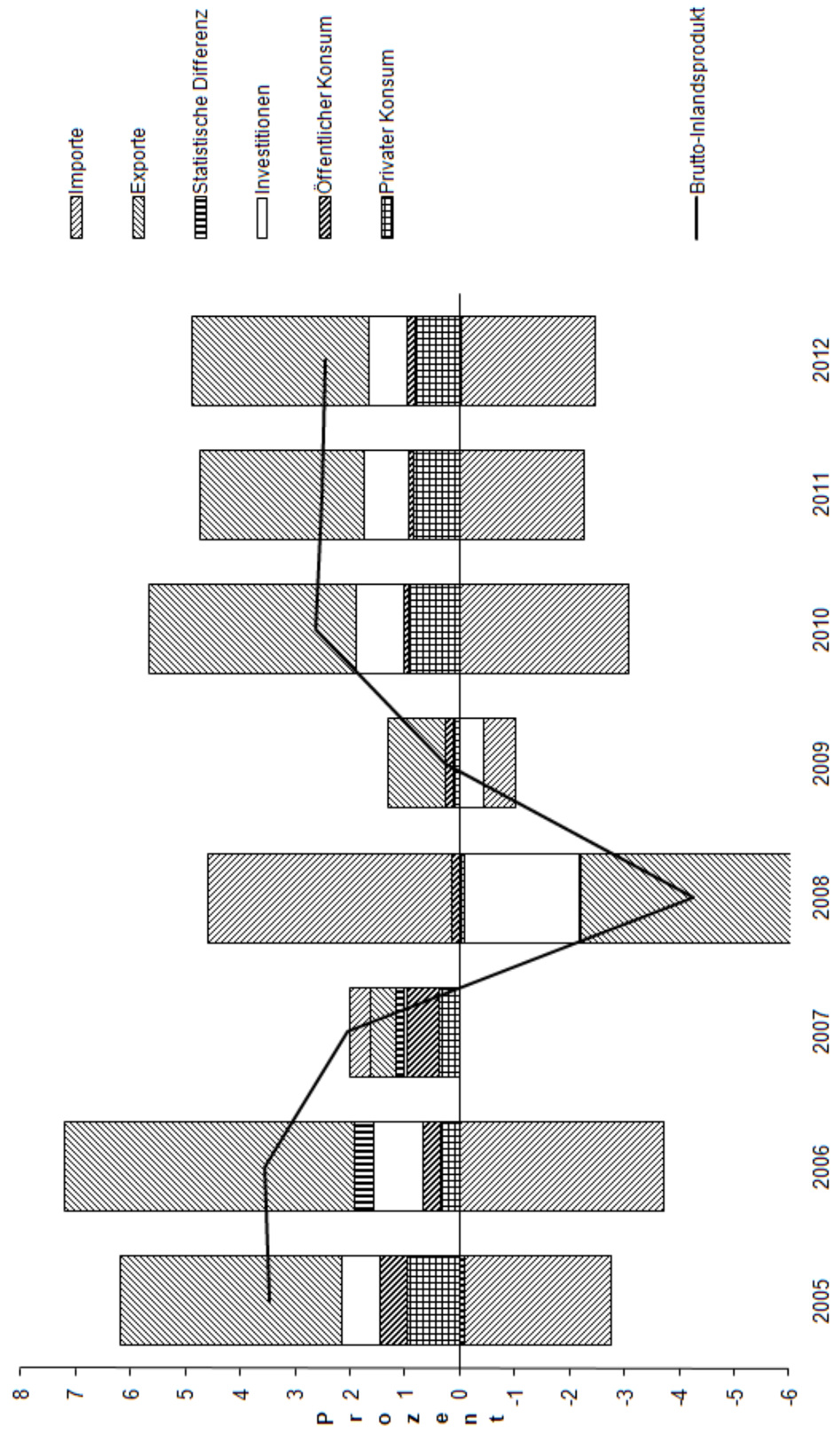
Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 8.9 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 2 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die von 2006 bis 2008 einen Überschuss aufwies, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre mit einem leicht negativen Saldo abschließen.

Die österreichische Tourismusindustrie erzielte in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 4.1 %. Im laufenden und im nächsten Jahr sinkt die Nachfrage in der Tourismusindustrie, in den darauffolgenden Jahren dürfte sich die Nachfrage wieder beleben und eine recht dynamische Entwicklung aufweisen. Im Prognosezeitraum dürften die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 1.6 % zulegen.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7 %. Im Prognosezeitraum werden sie nur um 1.4 % zulegen. Die realen Warenexporte werden dabei durchschnittlich um 1.3 % wachsen, verglichen mit 7.3 % in den vergangenen fünf Jahren. Im Prognosezeitraum nehmen die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 0.1 % zu. Im laufenden Jahr ist mit rückläufigen Importen zu rechnen. Die Importnachfrage wird sich aufgrund der belebten Inlandsnachfrage ab dem Jahr 2010 erholen. Die realen Importe i.w.S. laut VGR werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1.4 % wachsen, nach 5.6 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 1.5 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 0.4 % sinken.



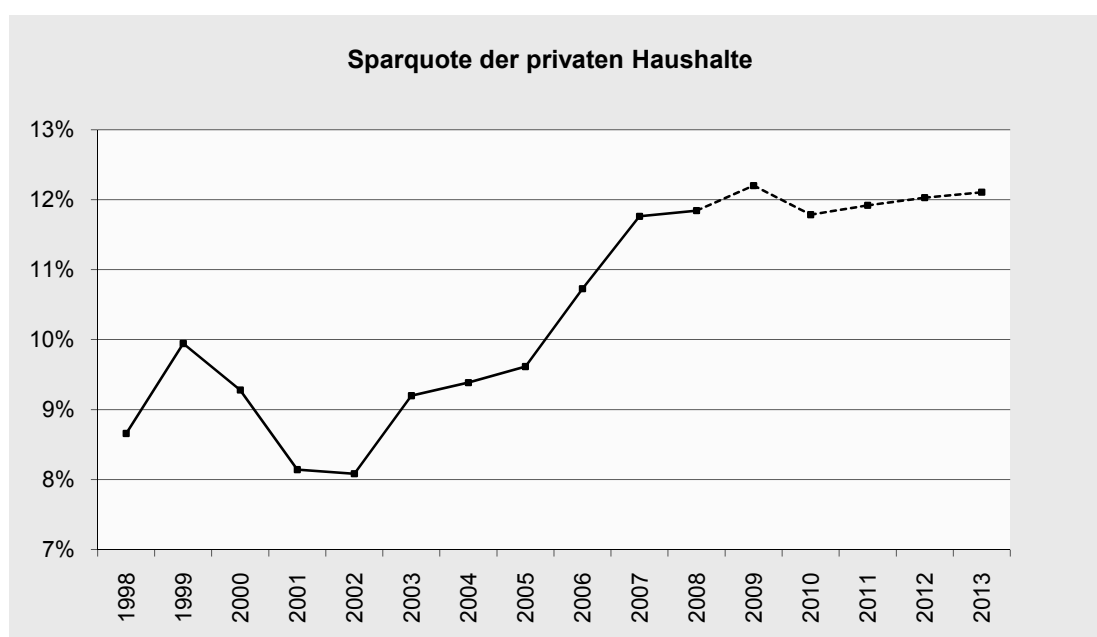
**Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten**





## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

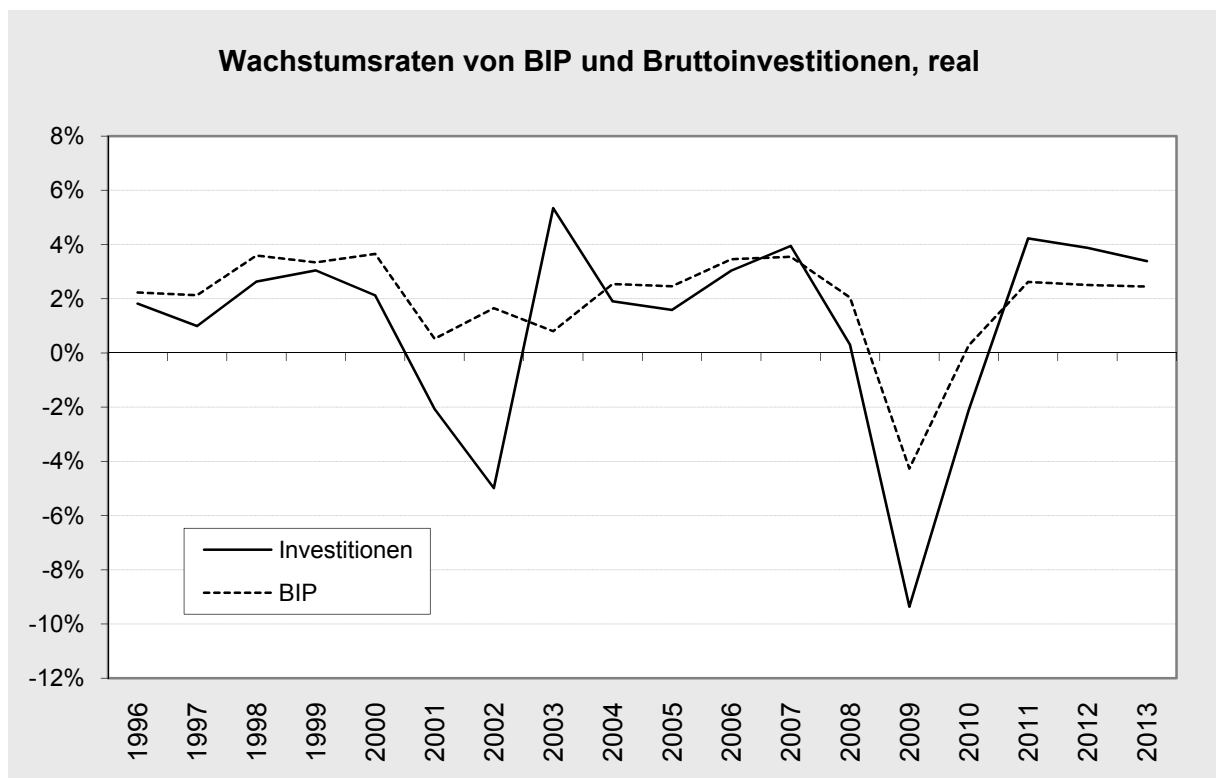
Der reale **Konsum der privaten Haushalte** wird im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1 % pro Jahr steigen. In den ersten beiden Jahren dürfte der Konsum annähernd stagnieren. Aufgrund der Steuerreform und der unsicheren Arbeitsplatzsituation wird im Jahr 2009 das Sparverhalten der Haushalte noch etwas angeregt, 2010 lässt hingegen der Nachhalleffekt der Steuerreform den Konsum wieder leicht steigen. In den folgenden Jahren wird sich der Konsum leicht erholen und einen positiven Beitrag zur Belebung der Wirtschaft leisten, dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die realen Einkommen wieder steigen und die Arbeitslosigkeit leicht sinken wird.



Nach dem kontinuierlichen Anstieg der Sparquote in den Jahren 2002 bis 2007 dürfte diese nun ihren Plafond erreicht haben. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg erhöht sich die Sparquote nur noch marginal, wie aus der Grafik der **Haushaltssparquote** ersichtlich ist. Nach einem leichten Rückgang 2010 steigt die Sparquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 12.1 %. Trotz der international gesehen bereits sehr hohen Sparquote tragen längerfristige Trends, wie die demografische Entwicklung und die Unsicherheit über die zukünftige Pensionsentwicklung, dazu bei, dass es bei der Haushaltssparquote zu keiner Trendumkehr kommt. Bei der Interpretation der Sparquotenentwicklung ist zu berücksichtigen, dass die Werte der Jahre 2004 bis 2008 auf vorläufigen Schätzungen des Instituts basieren.

Für das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter ergibt die Prognose ein durchschnittliches Wachstum von 1.2 %.

Im Zeitraum 2004 bis 2008 wurden die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen) um durchschnittlich 2.1 % pro Jahr ausgeweitet. Das jahresdurchschnittliche Wachstum der Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) belief sich dabei auf 1.8 %. Die Investitionen sind von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Laut Prognose werden die Bruttoinvestitionen im Jahr 2009 um 9 ½ % und 2010 weiter um 2 % sinken. Damit wird die Sachkapitalbildung weitaus stärker in Mitleidenschaft gezogen als das gesamte Bruttoinlandsprodukt. In der Folge wird die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Bruttoinvestitionen am BIP, von 22.5 % im Jahr 2007 bis 2010 auf 20.5% sinken. Da die Investitionen nicht nur im Abschwung stärker zurückgehen, sondern auch im Aufschwung schneller wachsen als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, wird die Investitionsquote anschließend wieder steigen. Einige der Faktoren, die zu dem starken Einbruch der Investitionstätigkeit im Zeitraum 2009 bis 2010 beitragen, werden aber nur allmählich abebben. Daher wird die Investitionsquote im Jahr 2013 mit 21.3 % noch immer niedriger als vor dem Abschwung sein. Ab 2011 sollten die Bruttoinvestitionen wieder positive Wachstumsraten aufweisen. Aufgrund des starken Rückgangs in den ersten beiden Jahren des Prognosezeitraums werden sie 2013 aber nur knapp das Niveau aus dem Jahr 2008 erreichen. Für den Zeitraum 2011 bis 2013 erwartet das Institut eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Bruttoinvestitionen von 3.8 %.



Quelle: Statistik Austria, eigene Prognose

Die realen **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) wurden von 2004 bis 2008 durchschnittlich um 1.9 % pro Jahr ausgeweitet. Die Anschaffungen neuer Maschinen und Geräte stiegen im Durchschnitt um 1.3 %, die Käufe von Fahrzeugen um 1.5 % und die Investitionen in sonstige

Anlagen (vor allem Software und Urheberrechte, außerdem Nutztiere und Nutzpflanzungen) um knapp 5 % pro Jahr. Die Unternehmensinvestitionen werden von den Absatzperspektiven und den Finanzierungsbedingungen beeinflusst. Angesichts der kräftigen Expansion der Nachfrage, vor allem aus dem Ausland, stiegen die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen in den vergangenen fünf Jahren deutlich. Begünstigt wurde die Sachkapitalbildung auch durch die geringen Finanzierungskosten, wozu niedrige langfristige Zinssätze und steigende Aktienkurse beitrugen.

Die Rahmenbedingungen für die Sachkapitalbildung werden im Prognosezeitraum weitaus ungünstiger als in den vergangenen fünf Jahren sein. Die tiefe Rezession hat zu einem Einbruch der Exporte und der Industrieproduktion geführt. Dadurch ist die Kapazitätsauslastung drastisch gesunken. Im Prognosezeitraum sollte sich die Weltwirtschaft erholen. Der Welthandel dürfte jedoch auf absehbare Zeit nicht mit den außergewöhnlich hohen Raten expandieren, die in den zurückliegenden fünf Jahren beobachtet werden konnten. Daher wird sich die Nachfrage nach österreichischen Erzeugnissen nur allmählich beleben, sodass auch die Produktion nur verhalten ausgeweitet wird. Damit wird die Kapazitätsauslastung nur langsam steigen. Das Institut geht davon aus, dass das Wachstum des Potenzialoutputs aufgrund der rückläufigen Investitionen und der steigenden Arbeitslosigkeit 2009 und 2010 merklich reduziert wird. Anschließend sollte sich das Trendwachstum der österreichischen Wirtschaft auf etwa 1 ¼ % beschleunigen. Alles in allem wird im Prognosezeitraum nur wenig Anlass für Erweiterungsinvestitionen bestehen. Aufgrund der Investitionszurückhaltung in den Jahren 2009 und 2010 wird jedoch zunehmend die Notwendigkeit bestehen, den Sachkapitalbestand zu erneuern. Die wachsende Bedeutung computergestützter Produktionsanlagen mit einer hohen Rate des technischen Fortschritts stützt diese Entwicklung. Da sich die Weltwirtschaft nur allmählich erholt, werden die Unternehmensgewinne nicht mehr so kräftig wie in der jüngeren Vergangenheit wachsen. Darüber hinaus beeinträchtigt die Finanzmarktkrise die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung nachhaltig. Zum einen kam die Mittelaufnahme auf dem Aktienmarkt praktisch vollkommen zum Erliegen. Zum anderen haben die Banken ihre Kreditstandards angehoben und differenzieren stärker nach Risikotragfähigkeit und wirtschaftlichen Aussichten von Kreditnehmern. Dank der Leitzinssenkungen haben sich im bisherigen Verlauf des Jahres 2009 die Finanzierungskosten verringert. Die Banken dürften jedoch auch nach Überwindung der Krise bei der Kreditvergabe zurückhaltender agieren, und auf den Finanzmärkten werden die Risikoprämien für Unternehmensanleihen auf mittlere Sicht höher bleiben, als dies vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise der Fall war. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2009 bis 2013 durchschnittlich um 0.4 % pro Jahr steigen. In den letzten drei Jahren des Prognosezeitraums sollten die Ausrüstungsinvestitionen dabei ein durchschnittliches Wachstum von 5.3 % erreichen.

Die realen **Bauinvestitionen** wurden von 2004 bis 2008 durchschnittlich um 1.7 % ausgeweitet. Während die Wohnbauinvestitionen im Durchschnitt um 3.1 % stiegen, nahmen die sonstigen Bauinvestitionen um 0.7 % pro Jahr zu. Die Wohnbauinvestitionen waren von 1997 bis 2003 rückläufig. Offenbar war es in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in diesem Bereich zu Überinvestitionen gekommen, in deren Gefolge der Anteil der Wohnbauinvestitionen am BIP zwischen 1990 und 1996 von knapp 5 % auf 6.7 % stieg. Bis 2004 ging der Anteil auf 4 ½ % zurück, danach stieg er bis 2008 wieder auf knapp 5 %. Begünstigt wurde die Entwicklung im Zeitraum 2004 bis 2008 durch eine anhaltende Zu-

wanderung. Darüber hinaus vergrößerten die Realeinkommenszuwächse aufgrund der guten Konjunktur die finanziellen Spielräume für den Bau neuer und die Modernisierung bestehender Wohngebäude.

Im Prognosezeitraum werden sich die Wohnbauinvestitionen erheblich abschwächen. Diese Entwicklung setzte bereits 2008 mit der nachlassenden Konjunktur ein. Vor allem 2009 und 2010 ist mit einem Einbruch der Wohnbautätigkeit zu rechnen. Angesichts der Rezession fällt die Zuwanderung vorübergehend deutlich geringer aus. Darüber hinaus haben sich im Gefolge der Finanzmarktkrise die Finanzierungsbedingungen verschlechtert, und die steigende Arbeitslosigkeit schmälert die Realeinkommen der privaten Haushalte. Die konjunkturbelebenden Maßnahmen der Bundesregierung, etwa die Förderung der thermischen Sanierung, werden den Rückgang der Wohnbauinvestitionen nur wenig abmildern. Ab 2011 dürften die Wohnbauaktivitäten wieder zunehmen. Mit der Konjunkturbelebungen werden die Realeinkommen der privaten Haushalte steigen. Zudem ist, auch in Folge der endgültigen Aufhebung der Restriktionen für den Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, mit einer weiter steigenden Wohnbevölkerung zu rechnen. Auch erhöhte Anforderungen an die Energieeffizienz von Wohngebäuden werden mittelfristig die Wohnbautätigkeit fördern. Gedämpft wird der Anstieg dadurch, dass die Finanzierungsbedingungen auf absehbare Zeit nicht so günstig sein dürften wie vor dem Ausbruch der Finanzmarkturbulenzen. Die Unternehmensinvestitionen leiden in den Jahren 2009 und 2010 unter der Rezession. Im Einklang mit den einbrechenden Ausrüstungsinvestitionen werden weniger Fabrikhallen und Geschäftsgebäude errichtet. Darüber hinaus wirken sich auch in diesem Bereich die verschlechterten Finanzierungsbedingungen aus. Ab 2011 sollten sich die Bauinvestitionen der Unternehmen aber mit der anziehenden Konjunktur beleben. Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken wird jedoch auf mittlere Frist restriktiver bleiben als vor der Krise.

Die Tiefbauinvestitionen werden 2009 und 2010 durch massive Infrastrukturausgaben der öffentlichen Hand im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen gestützt. So werden Investitionen der ÖBB, der ASFINAG und der Bundesimmobiliengesellschaft BIG zeitlich vorgezogen. Die vorgezogenen Investitionen werden allerdings ab 2011 fehlen. Darüber hinaus dürften die öffentlichen Bauinvestitionen im Zuge der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nicht mehr so kräftig ausgeweitet werden wie in den vergangenen Jahren. Daher wird der Wachstumsbeitrag der Tiefbauinvestitionen im Zeitraum 2011 bis 2013 niedriger ausfallen als in den ersten beiden Jahren des Prognosezeitraums. Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen von 2009 bis 2013 mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 0.2 % kaum mehr als stagnieren. Für den Zeitraum 2011 bis 2013 erwartet das Institut eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1.7 %.

Die Rezession und die Konjunkturpakete führen über den gesamten Prognosezeitraum zu nachhaltig hohen gesamtstaatlichen Defiziten. Um die Situation der **öffentlichen Haushalte** in den Griff zu bekommen, wäre eine stärkere als im Stabilitätsprogramm vorgesehene Rückführung des Defizits notwendig und wünschenswert. Die Einnahmen werden sich infolge der konjunkturellen Lage und der steuerlichen Maßnahmen nur sehr moderat entwickeln, während auf der Ausgabenseite der Anstieg der Transferleistungen an die privaten Haushalte und die ausgabenseitigen Maßnahmen der Bundesregierung sowie der anderen Gebietskörperschaften zu Buche schlagen.

Der reale öffentliche Konsum wird im betrachteten Zeitraum um durchschnittlich 0.7 % wachsen, schwächer als in der Periode 2004 bis 2008 mit einem Wachstum von durchschnittlich 2 %. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit wird laut Prognose 2009 4.4 % des BIP betragen, nächstes Jahr auf 5.4 % ansteigen und in den darauffolgenden Jahren lediglich moderat abnehmen, sodass 2013 noch ein Defizit von 3.8 % erwartet wird. Nachdem die öffentliche Schuldenquote letztes Jahr das erste Mal seit dem Jahr 2001 wieder gestiegen ist, wird sie im Prognosezeitraum kräftig zulegen und am Ende rund 80 % des BIP betragen.

Die Abgabeneinnahmen werden zwischen 2009 und 2013 deutlich moderater als in den letzten fünf Jahren wachsen. Die Produktionsabgaben (größtenteils Steuern auf den Konsum, Beiträge zum FLAF und Kommunalsteuer) werden durchschnittlich um 1.8 % wachsen, die Sozialbeiträge werden im Schnitt um 2.1 % und die direkten Abgaben um jährlich 0.7 % zulegen, wobei sich vor allem die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuern besonders schwach entwickeln werden. Das durchschnittliche Wachstum der Abgaben liegt mit 1.6 % deutlich unter dem Anstieg des nominellen öffentlichen Konsums mit jährlich 2.3 % und der öffentlichen monetären Sozialleistungen mit 3.4 %. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, das höhere Angebot an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Verlängerung der Kurzarbeit implizieren deutlich höhere Ausgaben für die aktive und passive Arbeitsmarktpolitik.

Im internationalen Vergleich greift die Bundesregierung mit den beschlossenen Maßnahmen den privaten Haushalten kräftiger unter die Arme, als dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Damit wird der private Konsum stabilisiert, jedoch zieht das Budgetdefizit deutlich an. Dazu kommen Maßnahmen, mit denen die Unternehmer entlastet werden. Vor dem Hintergrund eines über den Prognosezeitraum hohen strukturellen Budgetdefizits ist es notwendig, mit dem Anspringen der Konjunktur Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Ebenso hat die Europäische Kommission das Prozedere des Verfahrens bei einem übermäßigen Budgetdefizit nicht ausgesetzt, sondern lediglich einen breiteren Interpretationsspielraum ermöglicht. Eine rasche Reduktion des strukturellen Budgetdefizits ist auch aus diesem Grund notwendig.

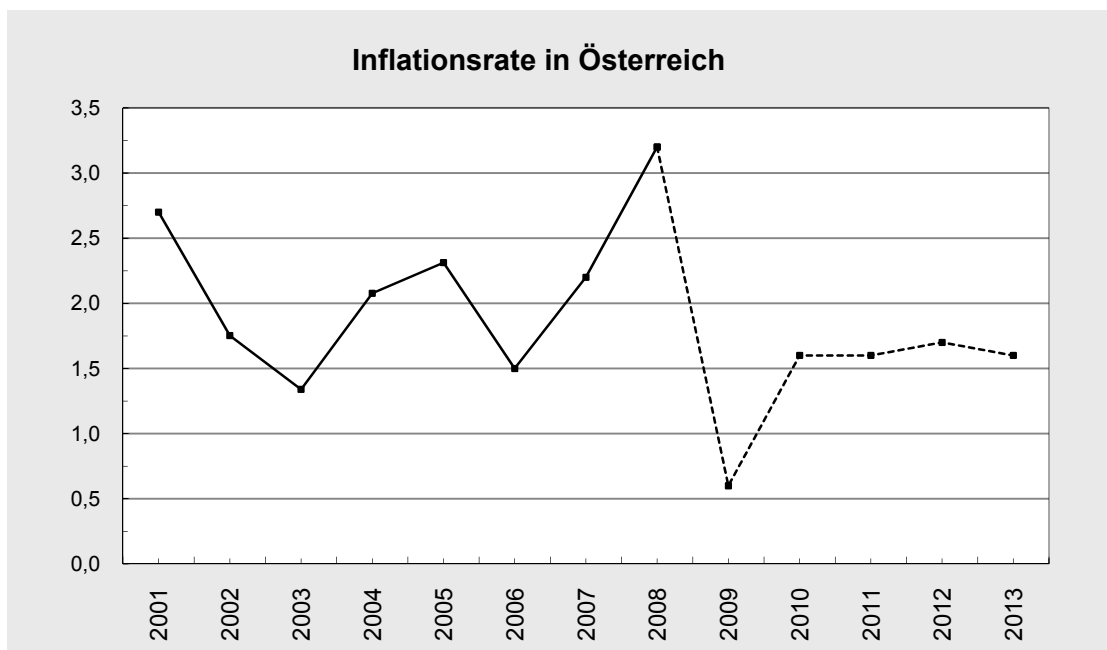
Die Lohnprognose fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse auch weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet sein werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs gesichert bleibt. Im Zeitraum 2004 bis 2008 haben die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** um 2.5 % jährlich zugenommen. Aufgrund des relativ kräftigen – und auch unerwarteten – Preisauftriebs haben die Reallöhne seit dem Jahr 2004 lediglich um ¼ % jährlich zugelegt. Das Wachstum der Reallöhne ist in diesem Zeitraum deutlich hinter dem jahresdurchschnittlichen Produktivitätswachstum von knapp 1 ¼ % zurückgeblieben.

Im Prognosezeitraum wird das Lohnwachstum von den Folgen der Wirtschaftskrise und einer gemäßigten Inflationsentwicklung geprägt sein. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die moderaten Preissteigerungen werden dämpfend auf das Lohnwachstum wirken. Das Institut geht davon aus, dass die Reallohnentwicklung im Prognosezeitraum dem Wachstum der Arbeitsproduktivität entspricht und

damit bei etwa  $\frac{3}{4}$  % jährlich liegen wird. Die Arbeitnehmerentgelte werden folglich im Jahresdurchschnitt um 2.2 % wachsen.

Die vergangenen fünf Jahre waren von relativ kräftigen und hartnäckigen Anstiegen der **Inflationsrate** geprägt. Dafür war neben der günstigen konjunkturellen Lage insbesondere die massive Erhöhung der globalen Energiepreise verantwortlich. Zu Beginn des Jahres 2004 notierte der Erdölpreis (Brent) knapp unter 30 USD, um dann stetig auf über 140 USD Mitte 2008 anzusteigen. Damit hat sich der Rohölpreis innerhalb von vier Jahren fast verfünffacht. Diese Entwicklung wurde durch einen kräftigen Anstieg anderer Rohstoffpreise, insbesondere jener für Nahrungsmittel, im Jahr 2008 weiter verstärkt. Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist die Inflation mit jahresdurchschnittlich 2.2 % im Zeitraum 2004 bis 2008 erstaunlich moderat ausgefallen.

Mittlerweile haben sich die wesentlichen exogenen Bestimmungsfaktoren für die Preisentwicklung beruhigt. Dies beinhaltet eine Entspannung auf den Energie- und Rohstoffmärkten und eine stabile Wechselkursentwicklung. Weiters wird von der Beibehaltung einer beschäftigungs- und stabilitätsorientierten Lohnpolitik in Österreich ausgegangen. Zwar erwartet das Institut, dass die Energie- und Rohstoffpreise mittelfristig wieder steigen werden, aufgrund der eher gedämpften globalen Wachstumsaussichten werden die Rekordwerte von 2008 aber sobald nicht mehr erreicht werden. Die Inflation wird kurzfristig wieder leicht an Fahrt gewinnen, sich mittelfristig aber gedämpft entwickeln. Für den Zeitraum 2009 bis 2013 wird somit ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 1.4 % prognostiziert.



Quelle: Statistik Austria.



Die Weltwirtschaftskrise hinterlässt tiefe Spuren am **Arbeitsmarkt**. Nach drei aufeinanderfolgenden Jahren mit rückläufigen Arbeitslosenquoten steigt die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 äußerst kräftig. Auch im kommenden Jahr werden die Arbeitslosenzahlen weiter zunehmen. Ausgehend von 5.8 % im Jahr 2008, klettert die Arbeitslosenquote auf 8.8 % im Jahr 2010. Damit wird der historische Höchststand von 1953 erreicht. Erst im Laufe des Jahres 2011 ist mit einer leichten Entspannung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Danach fällt die Arbeitslosenquote und könnte am Ende des Prognosezeitraums 8.3 % betragen. Für die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition bedeutet das einen Wert von 6.1 %.

Nach den äußerst kräftigen Zuwächsen in den letzten Jahren verursacht die Wirtschaftskrise deutliche Beschäftigungsverluste. In den Jahren 2009 und 2010 wird die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 1.5 % bzw. 1 % zurückgehen. Danach steigt die Beschäftigungsnachfrage wieder, sodass am Ende des Prognosezeitraums wiederum das Niveau von 2008 erreicht wird. Diese Prognose unterstellt, dass sich das Arbeitskräfteangebot weiterhin prozyklisch entwickelt. In den ersten beiden Jahren des Prognosezeitraums steigt das Arbeitskräfteangebot nur schwach, danach ist aber eine spürbare Belebung zu erwarten. Dazu sollte auch das Auslaufen der Übergangsfristen für Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten (ohne Bulgarien und Rumänien) beitragen. Im Verein mit der eher schwachen Beschäftigungsnachfrage führt dies dazu, dass die Arbeitslosenquote 2013 um 2 ½ Prozentpunkte über dem Wert von 2008 liegt. Hierbei ist aber der aufgrund der Hochkonjunkturphase niedrige Wert von 2008 zu berücksichtigen, im Vergleich zu 2004 beträgt der Anstieg nur mehr 1 ¼ Prozentpunkte.

Primär ist die Wirtschaftskrise für die schlechte Arbeitsmarktentwicklung verantwortlich. Hierbei ist zu bemerken, dass Österreich im internationalen Vergleich immer noch gut liegt. Für die Arbeitsmarktpolitik bedeutet die Konjunkturkrise eine Herausforderung, bietet aber auch Chancen. Die 2009 erfolgte Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik ist zu begrüßen. Aufgrund der knappen staatlichen Budgets müssen die Mittel aber effizient eingesetzt werden. Ziel der Maßnahmen sollte die Erhaltung bzw. Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials sein.

Von einem makroökonomischen Standpunkt ist die Kurzarbeit positiv zu bewerten, da sie Hysteresiseffekten der Arbeitslosigkeit vorbeugt und allfällige Kündigungs- bzw. Kosten der Neueinstellung nicht auftreten lässt. Empfehlenswert wäre eine stärkere Koppelung der Kurzarbeit mit Ausbildungsmaßnahmen. Bei der Vergabe der Beihilfe muss aber unbedingt darauf geachtet werden, dass sie nur an Unternehmen geht, die lediglich einen temporären Auftragsmangel erleiden, sonst wird der Strukturwandel bzw. die Reallokation von Arbeitskräften verlangsamt. Mit Hilfe von Qualifizierungs- bzw. Requalifizierungsprogrammen könnte der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt und die Transformation von konjunktureller in strukturelle Arbeitslosigkeit gebremst werden. Umschulungen sind insbesondere für jene Arbeitskräfte notwendig, deren Arbeitsplatz aufgrund des Strukturwandels wegfällt. Überlegenswert sind auch präventive Maßnahmen für Personen mit hohem Risiko, langzeitarbeitslos zu werden. Positiv ist die Ausweitung der Maßnahmen für Jugendliche zu beurteilen, da diese Gruppe besonders stark von der Wirtschaftskrise getroffen wird.

Notwendig sind neben den konjunkturell orientierten Maßnahmen aber auch weitere strukturelle Reformen am österreichischen Arbeitsmarkt. Weiterhin bestehen beträchtliche Defizite in Hinblick auf sprachliche Fähigkeiten bzw. berufliche Qualifikation bei Zuwanderern und Personen mit Migrationshintergrund. Eine Weiterentwicklung der österreichischen Integrationspolitik ist daher angezeigt. Ebenso sind zusätzliche Reformen im Bildungsbereich notwendig. Effizienter Mitteleinsatz zur Förderung schwächerer Schüler und Bildungsmaßnahmen, die bereits im Frühkindesalter ansetzen, wirken zukünftigen Problemen am Arbeitsmarkt entgegen.

Negativ sind hingegen Maßnahmen zu bewerten, die auf eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots abzielen (etwa Ausweitung der Altersteilzeit, Verlängerung der Hacklerregelung). Kurzfristig könnten diese Maßnahmen zwar zu einer Entlastung der Arbeitsmarktlage beitragen, längerfristig reduzieren sie jedoch das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft (Alterung, Fachkräftemangel, hohe Sozialabgaben). Zur Erhöhung der Erwerbsquote der Älteren in mittlerer Frist sind neben Reformen der Invaliditätspension verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit (Age Management) notwendig. Durch die Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verringerung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede sollte die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt gefördert werden. Auch eine selektive Migrationspolitik würde das Humankapitalpotenzial der österreichischen Volkswirtschaft erhöhen. Zusätzlich könnte eine Reduzierung der Arbeitskosten (etwa eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) die Beschäftigungsquote, insbesondere bei den Niedrigqualifizierten, anheben.



## 5. Monetäre Prognose

In Reaktion auf die stark rückläufige Wirtschaftsentwicklung haben die Notenbanken weltweit ihre Leitzinsen auf großteils historisch niedrige Niveaus gesenkt. Im Euroraum, in den Vereinigten Staaten und in Japan lagen die Leitzinssätze Mitte Juli bei bzw. unter 1 %. Die Europäische Zentralbank (EZB) führte ihren Kurswechsel in der Zinspolitik im Oktober 2008 durch und hat seitdem den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte in sieben Schritten um 3.25 Prozentpunkte zurückgenommen. Die jüngste Zinssenkung erfolgte Anfang Mai, als der Leitzinssatz von 1.25 % auf 1 % gesenkt wurde. Die US-Notenbank Fed verfolgt seit Ende 2008 eine Nullzinspolitik. Damals wurde für den Zielsatz für Taggeld ein Korridor von 0-0.25 % fixiert. Seit dem Beginn der Finanzmarktkrise Mitte 2007 hat sie damit den Zielsatz für Taggeld um fünf Prozentpunkte gesenkt. Im Gefolge der Finanzmarktkrise hat die EZB eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen. Insbesondere führt sie Refinanzierungsgeschäfte mit vollständiger Zuteilung bei festem Zinssatz durch, akzeptiert ein breiteres Spektrum an Sicherheiten, führt liquiditätszuführende längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwölf Monaten durch und kauft im Euroraum begebene, auf Euro lautende besicherte Schuldverschreibungen an. Diese Maßnahmen trugen entscheidend dazu bei, die negativen Auswirkungen der Liquiditätsengpässe auf die Geschäftstätigkeit wirtschaftlich gesunder Finanzinstitute zu verringern. Der Zinssatz für unbesichertes Drei-Monats-Geld (3-Monats-Euribor) sank aufgrund der Leitzinssenkung, aber auch in Folge der Entspannung auf dem Interbankenmarkt, von 5.1 % im Oktober auf zuletzt 0.9 %. Dabei verringerte sich der Aufschlag gegenüber dem Zinssatz für besicherte Interbankenkredite der gleichen Laufzeit (3-Monats-Eurepo) von durchschnittlich 1.6 Prozentpunkten im Oktober 2008 auf zuletzt 0.5 Prozentpunkte. Der Rückgang dieses Spreads ist ein deutliches Zeichen für das wieder wachsende gegenseitige Vertrauen der Banken.

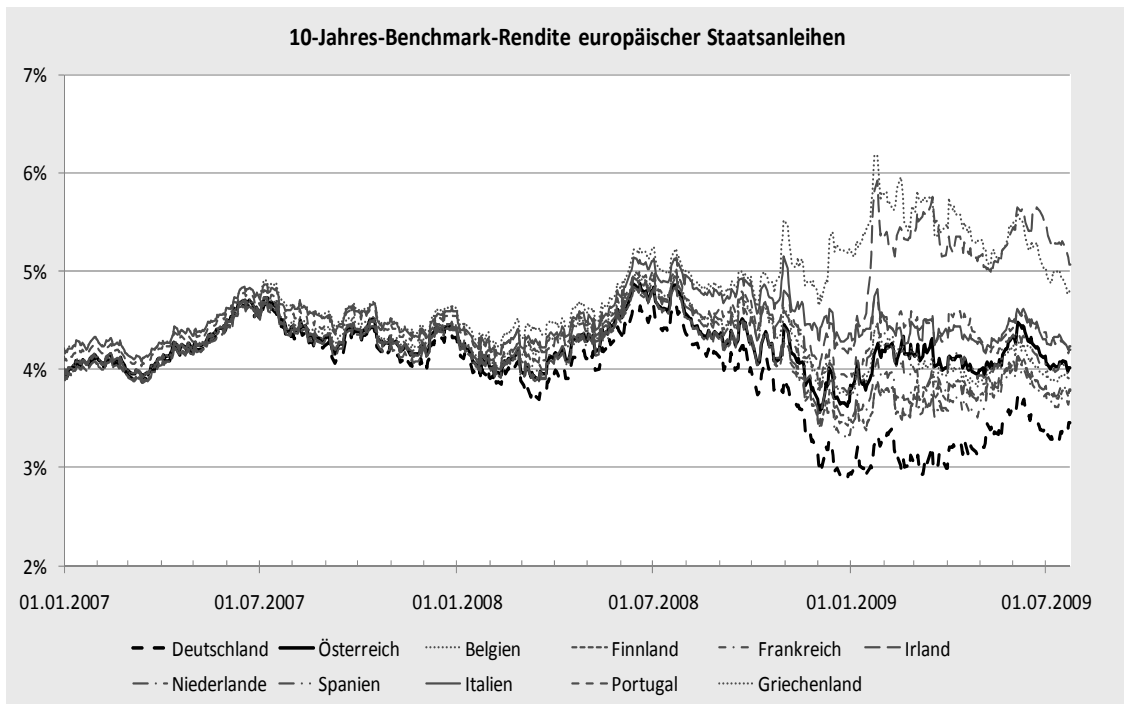
### Leitzinsen wichtiger Zentralbanken

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Jahresende 2004	2	2.25	4.75	0.75	0.15
Jahresende 2005	2.25	4.25	4.5	1	0.15
Jahresende 2006	3.5	5.25	5	2	0.25
Jahresende 2007	4	4.25	5.5	2.75	0.5
Jahresende 2008	2.5	0.25	2	0.5	0.1
Durchschnitt 2004-2008	2.90	3.33	4.77	1.52	0.28
23.7.2009	1	0.25	0.5	0.25	0.5

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Financial Datastream

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf für die EZB aufgrund der Inflations- und Geldmengenentwicklung. Das primäre Ziel ihrer geldpolitischen Strategie ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Im Zeitraum 2004 bis 2008 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 2.4 % etwas über diesem Richtwert, zuletzt lagen die Inflationszahlen deutlich darunter. Im Zeitraum Jänner bis Juni betrug sie durchschnittlich 0.6 %, im Juni wurde mit -0.1 % sogar ein negativer Wert verzeichnet. Auch das Geldmengenwachstum ist zuletzt deutlich zurückgegangen. Betrug das durchschnittliche Wachstum der Geldmenge M3 im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 noch 8.9 %, so belief es sich in den Monaten Jänner bis Mai 2009 nur noch auf 5.9 %. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum während des Prognosezeitraums nur leicht und langsam anheben wird. Basierend auf dieser Annahme, wird für den Zeitraum 2009 bis 2013 ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 1.7 % erwartet.

Als Reaktion auf die Spannungen auf den Finanzmärkten beschlossen die Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der ECOFIN-Ratssitzung im Oktober 2008 gemeinsame Leitlinien, um das Vertrauen in den Finanzsektor wiederherzustellen. Die im Anschluss daran erfolgten staatlichen Hilfsmaßnahmen werden hinsichtlich der Stabilisierung des Finanzsystems als erfolgreich beurteilt, dafür mussten die Regierungen allerdings erhebliche Kosten und Kreditrisiken übernehmen. Die Entwicklung der Renditen von Staatsanleihen seit vergangenem Oktober deutet darauf hin, dass sich die Einschätzung der Investoren hinsichtlich der Bonität der Staaten geändert hat (siehe Abbildung). Die Differenz zwischen der Rendite österreichischer und deutscher Staatsanleihen hat sich von Oktober bis Februar deutlich ausgeweitet und ist seitdem wieder rückläufig. Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 betrug der Spread 17 Basispunkte, im Februar 2009 belief er sich auf 105 Basispunkte, Mitte Juli betrug er knapp 60 Basispunkte. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3.8 % auf, zuletzt rentierten sie bei 4 %. Das Institut erwartet einen leichten Anstieg der langfristigen Renditen sowie einen langsamen Rückgang des Bonitätsspreads für Österreich. Für den Prognosezeitraum 2009 bis 2013 wird daher eine durchschnittliche Rendite von 4.8 % prognostiziert.



Quelle: Thomson Financial Datastream



TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
GDP	252,012 3,5%	260,952 3,5%	266,297 2,0%	254,943 -4,3%	255,665 0,3%	262,354 2,6%	268,933 2,5%	275,516 2,4%
GDP\$	256,162 5,2%	270,782 5,7%	281,867 4,1%	274,002 -2,8%	277,838 1,4%	288,863 4,0%	300,336 4,0%	312,509 4,1%
PGDP	101,646 1,6%	103,767 2,1%	105,847 2,0%	107,476 1,5%	108,672 1,1%	110,104 1,3%	111,677 1,4%	113,427 1,6%
PLC	101,500 1,5%	103,700 2,2%	107,000 3,2%	107,642 0,6%	109,364 1,6%	111,114 1,6%	113,003 1,7%	114,811 1,6%
YWGLEA	39,574 3,0%	40,754 3,0%	41,918 2,9%	42,840 2,2%	43,054 0,5%	44,131 2,5%	45,455 3,0%	46,705 2,8%
LEA	3161,932 1,7%	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3254,566 -1,5%	3222,021 -1,0%	3251,019 0,9%	3278,327 0,8%	3308,488 0,9%
UR	6,795 -0,459	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,730 1,887	8,824 1,094	8,771 -0,054	8,611 -0,160	8,300 -0,311



TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Var1	0,959	0,348	0,369	-0,101	0,105	0,920	0,834	0,811
Var2	0,020	0,085	0,040	-0,004	0,000	0,038	0,030	0,026
Var3	0,500	0,320	0,574	0,137	0,144	0,097	0,095	0,139
Var4	0,685	0,886	0,068	-2,074	-0,442	0,864	0,805	0,714
Var5	0,202	0,477	0,008	-1,202	-0,092	0,500	0,490	0,504
Var6	0,318	0,335	0,203	-0,338	-0,114	0,169	0,201	0,210
Var7	-0,096	0,352	0,157	-0,033	-0,002	-0,002	-0,002	-0,032
Var8	4,053	5,283	0,456	-6,648	1,045	3,779	3,002	3,227
Var9	3,104	4,076	0,087	-6,027	0,964	3,053	2,482	2,674
Var10	0,949	1,203	0,376	-0,628	0,080	0,727	0,525	0,559
Var11	-2,662	-3,726	0,384	4,459	-0,568	-3,080	-2,257	-2,438
Var12	-2,085	-3,371	0,199	3,920	-0,588	-2,578	-1,956	-2,146
Var13	-0,577	-0,351	0,185	0,535	0,019	-0,504	-0,304	-0,296
GDP	3,460	3,547	2,048	-4,264	0,283	2,616	2,508	2,448

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	22,452 -0,092	22,538 0,086	22,152 -0,386	20,972 -1,180	20,473 -0,500	20,793 0,320	21,070 0,277	21,263 0,193
UREU	ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	4,7 -0,5	4,4 -0,3	3,8 -0,6	5,4 1,6	6,3 0,9	6,4 0,2	6,3 -0,1	6,1 -0,2
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,150 0,918	2,207 0,057	2,235 0,029	2,661 0,426	3,387 0,726	3,433 0,046	3,572 0,139	3,683 0,111
Var5	REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	38,711 0,7%	38,823 0,3%	38,916 0,2%	39,535 1,6%	39,069 -1,2%	39,454 1,0%	39,997 1,4%	40,450 1,1%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	7,970 1,8%	8,085 1,4%	8,060 -0,3%	7,833 -2,8%	7,935 1,3%	8,070 1,7%	8,203 1,7%	8,328 1,5%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,6 0,0	-0,5 1,1	-0,4 0,1	-4,4 -4,0	-5,4 -1,0	-4,8 0,6	-4,3 0,5	-3,8 0,5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
C\$	135,574 4,1%	140,132 3,4%	144,828 3,4%	145,405 0,4%	148,173 1,9%	153,028 3,3%	157,964 3,2%	163,011 3,2%
CNP\$	3,505 0,5%	3,764 7,4%	4,021 6,8%	4,052 0,7%	4,102 1,3%	4,278 4,3%	4,429 3,5%	4,586 3,5%
CP\$	47,432 5,1%	49,447 4,2%	52,560 6,3%	54,278 3,3%	55,095 1,5%	56,201 2,0%	57,330 2,0%	58,626 2,3%
IF\$	57,805 5,3%	61,942 7,2%	64,002 3,3%	58,551 -8,5%	58,028 -0,9%	61,081 5,3%	64,347 5,3%	67,716 5,2%
IFES\$	25,774 3,3%	27,515 6,8%	27,840 1,2%	24,438 -12,2%	24,375 -0,3%	25,999 6,7%	27,747 6,7%	29,671 6,9%
IFCS\$	29,468 5,8%	31,641 7,4%	33,701 6,5%	33,344 -1,1%	33,423 0,2%	34,467 3,1%	35,754 3,7%	37,198 4,0%
DIF\$	-0,470 -0,470	-0,381 0,089	0,231 0,612	0,212 -0,019	0,190 -0,022	0,189 -0,001	0,188 -0,001	0,171 -0,017
VD\$	243,845 4,3%	254,904 4,5%	265,642 4,2%	262,498 -1,2%	265,588 1,2%	274,777 3,5%	284,257 3,5%	294,109 3,5%
X\$	145,464 10,2%	161,791 11,2%	167,311 3,4%	147,409 -11,9%	150,852 2,3%	163,406 8,3%	173,540 6,2%	184,952 6,6%
M\$	133,147 8,9%	145,913 9,6%	151,085 3,5%	135,904 -10,0%	138,602 2,0%	149,320 7,7%	157,462 5,5%	166,552 5,8%
GDP\$	256,162 5,2%	270,782 5,7%	281,867 4,1%	274,002 -2,8%	277,838 1,4%	288,863 4,0%	300,336 4,0%	312,509 4,1%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
C	132,617 1,8%	133,493 0,7%	134,457 0,7%	134,188 -0,2%	134,456 0,2%	136,809 1,8%	138,998 1,6%	141,181 1,6%
CNP	3,535 1,4%	3,749 6,1%	3,854 2,8%	3,845 -0,3%	3,845 0,0%	3,941 2,5%	4,020 2,0%	4,090 1,8%
CP	46,354 2,7%	47,161 1,7%	48,659 3,2%	49,024 0,8%	49,391 0,8%	49,638 0,5%	49,886 0,5%	50,261 0,8%
IF	56,581 3,0%	58,813 3,9%	58,991 0,3%	53,467 -9,4%	52,341 -2,1%	54,551 4,2%	56,664 3,9%	58,584 3,4%
IFE	25,441 2,0%	26,644 4,7%	26,665 0,1%	23,465 -12,0%	23,230 -1,0%	24,508 5,5%	25,794 5,3%	27,149 5,3%
IFC	28,632 2,8%	29,476 2,9%	30,005 1,8%	29,105 -3,0%	28,814 -1,0%	29,246 1,5%	29,772 1,8%	30,338 1,9%
DIF	-0,235 -0,234	0,652 0,887	1,061 0,409	0,973 -0,087	0,968 -0,005	0,963 -0,005	0,958 -0,005	0,873 -0,085
VD	238,852 2,2%	243,896 2,1%	247,005 1,3%	241,447 -2,3%	241,002 -0,2%	245,903 2,0%	250,527 1,9%	254,989 1,8%
X	141,909 7,5%	155,223 9,4%	156,412 0,8%	138,709 -11,3%	141,374 1,9%	151,036 6,8%	158,911 5,2%	167,590 5,5%
M	128,749 5,3%	138,138 7,3%	137,136 -0,7%	125,263 -8,7%	126,711 1,2%	134,585 6,2%	140,505 4,4%	147,062 4,7%
GDP	252,012 3,5%	260,952 3,5%	266,297 2,0%	254,943 -4,3%	255,665 0,3%	262,354 2,6%	268,933 2,5%	275,516 2,4%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PC	102,229 2,2%	104,973 2,7%	107,713 2,6%	108,359 0,6%	110,202 1,7%	111,855 1,5%	113,644 1,6%	115,463 1,6%
PCP	102,325 2,3%	104,848 2,5%	108,018 3,0%	110,718 2,5%	111,549 0,8%	113,222 1,5%	114,920 1,5%	116,644 1,5%
PIF	102,163 2,2%	105,320 3,1%	108,495 3,0%	109,508 0,9%	110,864 1,2%	111,969 1,0%	113,558 1,4%	115,587 1,8%
PIFE	101,306 1,3%	103,267 1,9%	104,410 1,1%	104,149 -0,3%	104,930 0,8%	106,084 1,1%	107,569 1,4%	109,290 1,6%
PIFC	102,920 2,9%	107,345 4,3%	112,318 4,6%	114,564 2,0%	115,996 1,3%	117,852 1,6%	120,091 1,9%	122,613 2,1%
PVD	102,090 2,1%	104,513 2,4%	107,545 2,9%	108,719 1,1%	110,201 1,4%	111,742 1,4%	113,464 1,5%	115,342 1,7%
PX	102,505 2,5%	104,232 1,7%	106,968 2,6%	106,272 -0,7%	106,704 0,4%	108,190 1,4%	109,206 0,9%	110,360 1,1%
PM	103,416 3,4%	105,628 2,1%	110,171 4,3%	108,495 -1,5%	109,385 0,8%	110,949 1,4%	112,068 1,0%	113,253 1,1%
PGDP	101,646 1,6%	103,767 2,1%	105,847 2,0%	107,476 1,5%	108,672 1,1%	110,104 1,3%	111,677 1,4%	113,427 1,6%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
XG\$	106,883 11,0%	119,103 11,4%	121,990 2,4%	104,076 -14,7%	106,944 2,8%	116,673 9,1%	124,910 7,1%	134,044 7,3%
XSO\$	26,898 10,4%	30,575 13,7%	32,157 5,2%	30,403 -5,5%	31,013 2,0%	33,449 7,9%	34,877 4,3%	36,635 5,0%
XST\$	11,683 2,5%	12,114 3,7%	13,164 8,7%	12,930 -1,8%	12,894 -0,3%	13,284 3,0%	13,753 3,5%	14,273 3,8%
X\$	145,464 10,2%	161,791 11,2%	167,311 3,4%	147,409 -11,9%	150,852 2,3%	163,406 8,3%	173,540 6,2%	184,952 6,6%
MG\$	106,173 9,1%	117,166 10,4%	121,808 4,0%	108,355 -11,0%	110,805 2,3%	119,541 7,9%	126,472 5,8%	134,251 6,2%
MSO\$	21,496 9,4%	23,183 7,8%	23,706 2,3%	22,120 -6,7%	22,341 1,0%	24,155 8,1%	25,250 4,5%	26,461 4,8%
MST\$	5,478 3,2%	5,564 1,6%	5,571 0,1%	5,430 -2,5%	5,456 0,5%	5,624 3,1%	5,740 2,1%	5,840 1,8%
M\$	133,147 8,9%	145,913 9,6%	151,085 3,5%	135,904 -10,0%	138,602 2,0%	149,320 7,7%	157,462 5,5%	166,552 5,8%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
XG	103,820 7,9%	114,093 9,9%	114,320 0,2%	98,270 -14,0%	100,726 2,5%	108,533 7,8%	115,045 6,0%	122,235 6,3%
XSO	26,549 8,9%	29,204 10,0%	29,343 0,5%	28,022 -4,5%	28,443 1,5%	30,149 6,0%	31,280 3,8%	32,531 4,0%
XST	11,541 1,2%	11,917 3,3%	12,760 7,1%	12,409 -2,8%	12,192 -1,8%	12,344 1,3%	12,591 2,0%	12,843 2,0%
X	141,909 7,5%	155,223 9,4%	156,412 0,8%	138,709 -11,3%	141,374 1,9%	151,036 6,8%	158,911 5,2%	167,590 5,5%
MG	102,384 5,2%	110,879 8,3%	110,360 -0,5%	99,920 -9,5%	101,419 1,5%	108,011 6,5%	113,142 4,8%	118,912 5,1%
MSO	21,056 7,2%	22,028 4,6%	21,681 -1,6%	20,434 -5,8%	20,434 0,0%	21,660 6,0%	22,419 3,5%	23,203 3,5%
MST	5,308 0,0%	5,221 -1,7%	5,084 -2,6%	4,906 -3,5%	4,857 -1,0%	4,920 1,3%	4,960 0,8%	4,972 0,3%
M	128,749 5,3%	138,138 7,3%	137,136 -0,7%	125,263 -8,7%	126,711 1,2%	134,585 6,2%	140,505 4,4%	147,062 4,7%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2005 = 100)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PXG	102,950 3,0%	104,391 1,4%	106,709 2,2%	105,908 -0,8%	106,173 0,3%	107,500 1,3%	108,575 1,0%	109,661 1,0%
PXSO	101,318 1,3%	104,694 3,3%	109,591 4,7%	108,495 -1,0%	109,038 0,5%	110,946 1,8%	111,500 0,5%	112,615 1,0%
PXST	101,231 1,2%	101,649 0,4%	103,168 1,5%	104,199 1,0%	105,762 1,5%	107,613 1,8%	109,227 1,5%	111,139 1,8%
PX	102,505 2,5%	104,232 1,7%	106,968 2,6%	106,272 -0,7%	106,704 0,4%	108,190 1,4%	109,206 0,9%	110,360 1,1%
PMG	103,700 3,7%	105,670 1,9%	110,373 4,5%	108,441 -1,8%	109,254 0,8%	110,675 1,3%	111,781 1,0%	112,899 1,0%
PMSO	102,091 2,1%	105,244 3,1%	109,340 3,9%	108,247 -1,0%	109,329 1,0%	111,516 2,0%	112,631 1,0%	114,039 1,3%
PMST	103,200 3,2%	106,575 3,3%	109,583 2,8%	110,679 1,0%	112,339 1,5%	114,305 1,8%	115,734 1,3%	117,470 1,5%
PM	103,416 3,4%	105,628 2,1%	110,171 4,3%	108,495 -1,5%	109,385 0,8%	110,949 1,4%	112,068 1,0%	113,253 1,1%
Var1	99,119 -0,9%	98,678 -0,4%	97,092 -1,6%	97,951 0,9%	97,550 -0,4%	97,514 0,0%	97,445 -0,1%	97,446 0,0%
Var2	99,277 -0,7%	98,790 -0,5%	96,680 -2,1%	97,665 1,0%	97,180 -0,5%	97,132 0,0%	97,132 0,0%	97,132 0,0%



TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013		
Var1	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		51,978 1,784	53,886 1,908	53,601 -0,284	49,600 -4,002	49,886 0,286	51,692 1,806	52,429 0,736	53,295 0,867
Var2	IMPORTQUOTE, GÜTER ABSOLUTE DIFFERENZEN		41,447 1,500	43,269 1,822	43,215 -0,055	39,545 -3,669	39,881 0,336	41,383 1,502	42,110 0,727	42,959 0,849
Var3	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		56,786 2,581	59,750 2,964	59,358 -0,392	53,798 -5,560	54,295 0,497	56,569 2,274	57,782 1,213	59,183 1,401
Var4	EXPORTQUOTE, GÜTER ABSOLUTE DIFFERENZEN		41,725 2,207	43,985 2,260	43,279 -0,706	37,984 -5,295	38,492 0,508	40,390 1,899	41,590 1,200	42,893 1,303

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
POPWAT	5360,245	5376,975	5399,674	5416,974	5437,874	5461,100	5476,700	5483,100
	0,6%	0,3%	0,4%	0,3%	0,4%	0,4%	0,3%	0,1%
TLFPR	73,027	73,686	74,776	74,978	74,828	75,127	75,398	75,737
	0,5%	0,9%	1,5%	0,3%	-0,2%	0,4%	0,4%	0,5%
TLF	3914,452	3962,088	4037,651	4061,523	4069,039	4102,765	4129,297	4152,726
	1,1%	1,2%	1,9%	0,6%	0,2%	0,8%	0,6%	0,6%
Var1	3481,566	3509,947	3563,330	3583,645	3589,966	3614,110	3627,204	3638,081
	0,8%	0,8%	1,5%	0,6%	0,2%	0,7%	0,4%	0,3%
DLFOR	432,886	452,141	474,321	477,878	479,073	488,654	502,092	514,645
	3,4%	4,4%	4,8%	0,8%	0,3%	2,0%	2,8%	2,5%
SEG	394,400	395,800	404,903	408,952	408,952	413,042	416,140	419,261
	1,1%	0,4%	2,3%	1,0%	0,0%	1,0%	0,8%	0,8%
DLF	3520,052	3566,288	3632,747	3652,571	3660,087	3689,723	3713,157	3733,465
	1,1%	1,3%	1,9%	0,5%	0,2%	0,8%	0,6%	0,5%
LEA	3161,932	3227,449	3304,128	3254,566	3222,021	3251,019	3278,327	3308,488
	1,7%	2,1%	2,4%	-1,5%	-1,0%	0,9%	0,8%	0,9%
LENACT	118,946	116,590	116,366	115,668	115,090	115,090	115,090	115,090
	-0,8%	-2,0%	-0,2%	-0,6%	-0,5%	0,0%	0,0%	0,0%
UN	239,174	222,248	212,253	282,337	322,977	323,614	319,740	309,887
	-5,3%	-7,1%	-4,5%	33,0%	14,4%	0,2%	-1,2%	-3,1%
UR	6,795	6,232	5,843	7,730	8,824	8,771	8,611	8,300
	-0,459	-0,563	-0,389	1,887	1,094	-0,054	-0,160	-0,311

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
GDPS	256,162 5,2%	270,782 5,7%	281,867 4,1%	274,002 -2,8%	277,838 1,4%	288,863 4,0%	300,336 4,0%	312,509 4,1%
YWGG\$	125,130 4,7%	131,531 5,1%	138,503 5,3%	139,426 0,7%	138,722 -0,5%	143,470 3,4%	149,016 3,9%	154,522 3,7%
BUSE	103,889 6,6%	110,359 6,2%	113,581 2,9%	105,909 -6,8%	110,592 4,4%	115,799 4,7%	120,691 4,2%	126,209 4,6%
PASUB	27,142 1,9%	28,893 6,5%	29,784 3,1%	28,667 -3,8%	28,524 -0,5%	29,593 3,8%	30,629 3,5%	31,778 3,8%
YF\$	-2,841 19,3%	-5,431 91,2%	-4,481 -17,5%	-4,123 -8,0%	-4,123 0,0%	-4,123 0,0%	-4,123 0,0%	-4,123 0,0%
DEP\$	39,177 4,3%	41,243 5,3%	43,231 4,8%	45,284 4,8%	47,322 4,5%	49,215 4,0%	51,183 4,0%	53,231 4,0%
Y\$	214,144 5,2%	224,109 4,7%	234,155 4,5%	224,595 -4,1%	226,393 0,8%	235,525 4,0%	245,030 4,0%	255,156 4,1%
YT\$	-1,832 -11,7%	-1,356 -26,0%	-1,530 12,8%	-1,560 2,0%	-1,592 2,0%	-1,623 2,0%	-1,656 2,0%	-1,689 2,0%
NE\$	212,312 5,3%	222,753 4,9%	232,626 4,4%	223,035 -4,1%	224,801 0,8%	233,902 4,0%	243,374 4,0%	253,467 4,1%

---

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Hofer, Ulrich Schuh,  
Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner, Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mitelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2013

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 58

Redaktion: Isabella Andrej

© 2009 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---